

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Der Polizeistaat.

Unter den tschechischen Urteilen über die Sprachenverordnungen hat das eine vieles für sich, daß man erst die Sachleute befragen müsse, ehe man über das Gesetz und seine Durchführung urteilt. Nicht, als ob es des Urteils der Sachleute bedürfte, um festzustellen, daß die Sprachenverordnungen das Tschechifizierungswerk krönen und dem Staat endgültig den Anstrich eines Nationalstaates geben sollen. Aber die Folgen des Gesetzes in alle Details ausmalen, heute schon sagen, welcher Rattenkönig von Prozessen, Verschleppungen, Ordnungsstrafen, Bureaokratismen, Quälereien der Bevölkerung, Husarenstücken der Beamten aus den Bestimmungen der neuen Verordnung erwachsen wird, das kann nur ein sehr tüchtiger Sachmann. Es ist wie mit allen Gesetzen und Verordnungen, die hierzulande erlassen werden. Im Parlament steht ein Gesetz kaum zur Diskussion. Was die Opposition dazu sagt, das ist von allem Anfang an „böswillig“, „unvernünftig“, „staatsfeindlich“. Da die Autorität der Räte nicht angetastet werden durfte, wagten auch die Koalitionsabgeordneten nie, darüber nachzudenken, ob ein Antrag verbesserungsfähig wäre oder nicht. Dieses Gesetz ist obendrein schon von der ernannten Nationalversammlung geschaffen worden, einer Körperschaft, in der die Betroffenen keine Vertretung hatten und die obendrein ihr Recht nicht aus der Wahl des Volkes, sondern nach Art derer von Gottes Gnaden aus der Macht der Bajonette schöpfte. Die Durchführung der Gezeje ist Sache ministerieller Geheimpolitik; hat man schon beim Gesetz die Opposition nicht gefragt, wie könnte man sie bei der Durchführung zu Rate ziehen! Auf diese Weise muß die staatliche Autorität mehr und mehr an die Bureaokraten und Polizeibehörden übergehen. Den Regierungsgesetzen der tschechischen Republik fehlt heute auch der berückichtigte Tropfen demokratischen Oeles, mit dem jeder konstitutionelle Monarch schadenhalber seine Krone von den Flecken vergangener Epochen reinigte. Demokratie, das ist heute eine lederne Formalität geworden, die sich in einer seit der Wahlgesejnovelle auch schon schäbig gewordenen Autorität des geist- und seelenlosen Mehrheitsprinzips erschöpft. Der wahre Herr der Zeit ist wieder wie in längst verklungenen Tagen der Polizist.

Schon die Einteilung in Staatsprache und Sprache der Minderheitsnationen ist protekt und eines Bureaokratengehirns würdig. Es gibt in diesem Staat nicht Tschechen, Slowaken, Deutsche, Magyaren, Polen, Ruthenen und Juden, sondern es gibt Leute, die als Muttersprache die Staatsprache haben und Leute, die einer nationalen und sprachlichen Minderheit angehören. Die Staatsprache wird des näheren an einigen Stellen als „tschechoslowakische“ definiert, was an sich schon eine alle sprachwissenschaftlichen und ethnographischen Erkenntnisse großzügig verachtende Konstruktion ist, wie sie nur in Polizeistaaten dem allwissenden und allmächtigen Denkapparat eines Menschen entspringen kann, der auf seinem Bendorf besteht. Denn entweder ist das Slowakische ein Dialekt des Tschechischen, dann gebührt ihm nicht die Rolle einer Schriftsprache, dann darf es keine „Schulen mit slowakischer Unterrichtssprache“ geben, dann dürfen die Beamten in der Slowakei nicht slowakisch amtierend, ebenso wie man in Hamburg nicht plattdeutsch und in Tirol nicht „tirolerisch“ amtiert. Da ist schon ein Problem der Sprachenverordnung: Wenn ein Beamter in der Slowakei tschechisch amtiert; hat der Slowake dann für seine Sprache das Recht der nationalen Minderheiten oder das der Staatsprache in Anspruch zu nehmen? Beides geht nicht, denn eine Minderheit sind die Slowaken nicht, da sie keine „andre als die Staatsprache“ haben, die Staatsprache ist vielleicht das Slowakische, sicher aber auch das Tschechische des Beamten. Oder das Slowakische ist kein Dialekt, sondern eine selbständige Sprache, wie etwa das Holländische im Vergleich zum Deutschen, dann darf doch das Gesetz nicht von einer „tschechoslowakischen

Sprache“ reden. Kurzum es birgt sich schon in dem Begriff der Staatsprache eine Fülle an Konfusion. Aber was ist mit den Minderheiten? Die werden so definiert:

„Art. 14. Unter einer nationalen und sprachlichen Minderheit im Sinne dieses Gesetzes sind dieser Verordnung werden Staatsbürger der Tschechoslowakischen Republik verstanden, die eine und dieselbe Sprache, aber eine andere als die Staatsprache sprechen, deren sich nach dem Ergebnis der letzten amtlich veröffentlichten Volkszählung wenigstens in einem Gerichtsbezirk der Republik mindestens 20 Prozent der Bevölkerung bedienen.“

Das ganze Herumreden und Tanzen um den heißen Brei erinnert lebhaft an die Spieserereien mit Worten im alten Kaiserstaat. Da gab es ja auch die Oesterreicher nur im Kaiserreich, in der Verfassung aber nur Bürger der „im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder“, da mußte zwischen k. u. k. und k. k. zwischen diesseits und jenseits der Leitha unterschieden werden, nie aber wurde das Kind mit dem wahren Namen genannt. Auch die Deutschen spielen in der Tschechoslowakei die Rolle des bösen Geistes, den man nicht beim Namen nennen darf und selbst die Staatsprache ersetzt mehr als nötig den offenen Namen des herrschenden Volkes. Daß solche Witze eine Fundgrube für sophistische Juristen und Bureaokraten sind, ist klar, bevor man noch den Sachmann zu Rate zieht.

Apropos, der Sachmann! Daß ein Staat seinen Angestellten befiehlt, die Staatsprache zu lernen, mag dann nicht unbillig sein, wenn es eine Staatsprache, nämlich eine im Staat allein gesprochene Sprache und sonst nur sprachliche Minderheiten, das heißt wirklich Splitter anderer Völker gibt. Das ist hier bekanntlich nicht so. Und so erfreulich es wäre, wenn jeder Staatsbeamte verpflichtet wäre, die Sprache, in der er zu amtierend hat, zu erlernen, da er bis jetzt doch meist nur die Amtssprache beherrscht, die ob tschechisch oder deutsch, dem gemeinen Manne unverständlich ist, so hat er es, wenn der deutsche Beamte, statt deutsch in sechs Monaten tschechisch lernen muß. Aus der besonderen Art Demokratie dieses Landes ist auch das erklärlich. Weniger einleuchtend ist schon die Praxis, nicht nur den Beamten, sondern auch den Bürger zur Erlernung der Staatsprache, die nicht seine Sprache ist, zu zwingen, oder ihn zur Bezahlung eines Dolmetsches anzuhalten. Denn in den Bezirken, in denen weniger als 20 Prozent Deutsche wohnen — und bei der üblichen Volkszählungspraxis sind das eine ganze Reihe — ist der Deutsche nicht mehr der Ausnahmsrechte der Minderheitsnation teilhaftig. Das Höchste aber ist das: falsche Angaben über die sprachlichen Fähigkeiten werden bestraft. Die Entscheidung darüber, ob einer tschechisch kann oder nicht, ja ob er („aus Grund des Wohnortes, des Aufenthalts des Einvernommenen oder aus anderen Umständen —“) tschechisch können muß, steht den Behörden zu. Die verdienstvolle Schriftstellerin, die das Buch über den „Kampf mit dem Sachmann“ geschrieben hat, wird an eine zweite Auflage denken müssen. Der Kampf beginnt jetzt und hier erst fesseln zu werden. Ja, wenn sich einer weigert, die Staatsprache zu sprechen, obwohl es der Beamte so will, etwa weil ihm die Kapriolen der deutschen Junge, die sich mit den k und den vokallösen Wörtern abquält, ein Gaudium bereiten, während der Deutsche seine mangelhafte Sprachkenntnis ungern zur Schau stellt, dann kann ihm der Sachmann, als der uns der Beamte oder das Polizeiorgan gegenübertritt, bestrafen!

Nun, und was sagt man dazu, daß die Minderheitssprachen auf dem Papiergeld nur noch gnadenweise zugelassen werden! Hat das nicht ein Polizist in die Handspolizei gepusht? Oder auch dazu, daß in jedem Ergebnisbericht der tschechische Bahnwächter die ganze Gemeindevertretung mit seinen Sprachwünschen behelligen und strapazieren kann. Oder daß der Bürgermeister von Reichenberg und seine beiden Stellvertreter die tschechische Sprache „vollständig“ beherrschen

müssen, während es leider keine Bestimmung darüber gibt, daß die Redakteure deutsch gedruckter Regierungsblätter annähernd deutsch künnen müssen!

Aber auch das Ausland kriegt den Bendorf zu fühlen. Die tschechischen Beamten dürfen an ausländische Beamten, ob die jetzt hierzulande oder jenseits des Ozeans ihren Sitz haben — und die meisten dürften doch außerhalb der Republik liegen! — nur tschechisch schreiben! Die englische Regierung kann sich also jetzt zu jedem ihrer paar tausend Konsulate einen tschechischen Dolmetsch jepen. Und wie die Engländer schon sind, werden sie's auch nicht verkümmern. Tnn sie's aber nicht, dann gibt es schon eine Repressalie; denn nur bei

„Gegenseitigkeit“ werden von fremden Mächten Schreiben in deren eigener Sprache angenommen.

Polizeigeist füllt diese hundert Paragraphen, Polizeigeist hat sie geboren. Der selige Metternich würde seine Freude haben, sähe er, wie sein Genie fortlebt. Bis in die letzte Kleinigkeit spürt man die liebe Sorgfalt eines Polizei- und Nachtwächterstaates. Denn die einzige Ausnahme, die bei deutschen Eingaben, die sonst zurückgestellt werden, stattfindet, ist die Entgegennahme deutscher — Denunziationen!

So weit hat es die Republik Majornst und der Legionäre gebracht und in diesem Zeichen will sie liegen!

Bethlens Gündenregister.

Ein scharfer Angriff Emerich Karolhis im „Beste Lloyd.“ — Horthys Gelchob?

Budapest, 6. Feber. Der „Beste Lloyd“ veröffentlicht heute einen Artikel aus der Feder des Grafen Emerich Karolhi, dessen persönliche Beziehungen zum Reichsverweser bekannt sind. Der Artikel zählt die Fehlgänge auf, die Graf Bethlen sich in der Frankenfälschung zuschulden kommen ließ. Der erste Punkt des Gündenregisters ist, daß Radossy fünf Jahre lang mit beispielloser Machtvollkommenheit im Amt behalten wurde. Der zweite Punkt, daß Graf Bethlen Mitte November dreimal von ersterer Seite auf die Frankenfälschung aufmerksam gemacht wurde; das erstemal von Rozma, das zweitemal von Perenyi und das drittemal durch die Postkassabehaltung, um deren Ueberbringung an Bethlen Staatssekretär Pronay ersucht worden ist, weil Bethlen vor seiner Abreise nach Genf keine Zeit hatte, Perenyi zu empfangen. In dieser Postkassabehaltung ließ Perenyi den Grafen wissen, daß Frankenfälschungen tatsächlich erfolgen, die Sache sehr ernst sei und auch Radossy um die Sache wisse.

Der Umstand, daß Graf Bethlen auch nach dieser Vollmacht noch Radossy mit der Ausforschung der Sache betraut und nach seiner Rückkehr aus Genf sich nicht wieder um die Angelegenheit kümmerte, vielmehr auf die Jagd nach Radossy fuhr, ohne der Frankenfälschung weiter nachzugehen, bezeichnet Karolhi als einen schweren politischen Fehlgang, der die schwerste Kritik herausfordern müßte.

Bethlen wird noch vorgeworfen, daß er, obwohl er vier Wochen vor Bekanntwerden der Affäre von ihr wußte, zwei volle Wochen lang den Ueberraschten gespielt hat, statt sofort zu sagen, daß er Radossy, dessen Rolle ihm bekannt war, mit der Aufstellung des Sachverhaltes betraut habe, diesen hohen Staatsfunktionär jedoch von Amis wegen jetzt suspendieren müsse, weil er versagt hat und nun ermittelt werden muß, ob es sich bei Radossy um bloße Fahrlässigkeit oder um mehr gehandelt habe.

Bethlen wußte auch und tat auch nichts dagegen, daß Radossy 24 Stunden vor seiner Verhaftung mit dem Minister des Innern in dessen Wohnung vertrauliche Besprechungen pflog, obwohl mittlerweile auch aus Holland die amtliche Verständigung über die Mitschuld Radossys bereits eingelangt war.

Als ein weiterer politischer Fehler wird dem Grafen Bethlen angerechnet, daß er seinen Stellver-

treter, den Minister Bah und den Justizminister Besthy während der ganzen Zeit nicht von der ihm zugegangenen Warnung verständigte, so daß die beiden Minister erst Anfang Jänner Kenntnis von dem erlittenen, was dem Grafen Bethlen bereits seit Mitte November bekannt war.

Ein schwerer Fehler war es auch, als man die französischen Organe von den Erhebungen auszuschalten versuchte, obwohl es als sicher angenommen werden mußte, daß sie Weisungen von der französischen Regierung erhalten hätten und daß das französische Kabinett ihnen den stärksten Rückhalt geben werde, um alle Spuren und alle Schuldigen aufdecken zu können.

Der Artikel bezeichnet es als unwahr, daß die Opposition die Person des Reichsverwesers in die Debatte hineinzuziehen wünscht. Genau das Gegenteil sei der Fall. Unzutreffend sei auch die Annahme, daß die Rassenhütler bereit wären, Bethlen zu unterstützen. Die Führer der äußersten Rechten stimmen mit der linken Opposition in der Erkenntnis überein, daß die Stellung Bethlens infolge seiner Fehler in der Frankenfälschung unhaltbar geworden sei. Eine glatte, objektive, den Interessen des Landes entsprechende parlamentarische Erledigung ist nur denkbar unter einem an dieser Sache völlig uninteressierten Uebergangskabinett, dessen einziger Punkt die Liquidierung der unglückseligen und skandalösen Sache ist.

Das unvermeidliche Dementi.

Budapest, 6. Feber. (Am tlich.) Der heutige Artikel des Grafen Emerich Karolhi im „Beste Lloyd“, worin er die politische Verantwortung des Grafen Bethlen in der Frankenfälschungs-Affäre feststellt, gibt den Oppositionellen Anlaß, über eine bevorstehende Kabinettskrise zu schreiben. Ein Wiener Blatt will sogar von Kontroversen zwischen den verfassungsmäßigen Faktoren wissen. Demgegenüber kann festgestellt werden, daß sein Moment aufgefaßt ist, aus welchem auf die Erschütterung eines der verfassungsmäßigen Faktoren mit Recht geschlossen werden könnte. Die hierauf bezüglichen Nachrichten sind vollständig grundlos. Graf Bethlen hat sich im übrigen vorbehalten, auf die Angriffe des Grafen Emerich Karolhi ebenfalls in einem Zeitungsartikel zu antworten.

Die deutsch-italienische Spannung. Mussolini über Südtirol.

Rom, 6. Feber. Auf eine Anfrage des Abgeordneten Farinacci wegen der Rede des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held, antwortete heute am Schluß der Kammer Sitzung Ministerpräsident Mussolini, indem er darauf verwies, daß die faschistische Regierung in den letzten drei Jahren gegenüber Deutschland eine außerordentlich maßvolle Politik eingeschlagen habe. Er stellte die verschiedenen falschen Nachrichten über Südtirol gegenüber so, B. über das Walthers-Denkmal in Bozen. Er erklärte, er respektiere die deutsche Poesie, wenn sie dem Mittelalter angehöre. Aber er könne einen Vergleich Walthers von der Vogelweide mit Dante nicht zulassen, weil dies den Monte Pincio mit dem Himalaja vergleichen hieße.

Er verwies sodann auf die falschen Nachrichten betreffend das Elisabethdenkmal in

Meran, betreffend die Faschisteneinfälle und bezüglich der Weichachtsbäume. Niemand möge sich der Täuschung hingeben, daß Italien durch einen Reichsboykott eingeschüchelt werden könne. Italien lebe von etwas ganz anderem. Wenn morgen der Boykott praktisch betätigt würde, mit stillschweigender Zustimmung der verantwortlichen Behörden, würde Italien mit einem Boykott zum Quadrat antworten und auf eventuelle Repressalien mit Repressalien zum Kubus.

Er verwies ferner auf die Rundgebungen der Konsuln in Venedig und erklärte, daß die Rede Dr. Helds etwas von diplomatischem Standpunkt aus Unerhörtes sei. Eine Frage Deutsch-Südtirols bestünde nicht und Südtirol sei durch die Friedensverträge, u. zw. durch den Vertrag von Saint Germain von Oesterreich an Italien gekommen. Es sei unerhört, von Gewalttätigkeiten zu sprechen. Italien mache in Südtirol eine Politik der Nationalität.

Die geplante Gehaltsreform der Lehrer.

II.

Eine ganz besondere Brutalität aber wird den Bürgerschullehrern gegenüber begangen, die außer der Lehrereifeprüfung und der Lehrbefähigungsprüfung noch eine besondere Fachprüfung ablegen haben, für welche sie sich bereit durch den Besuch eines Kurses an der Hochschule vorbereiten. Sie wurden im alten Oesterreich immer durch Gewährung eines höheren Grundgebaltens und höherer Dienstalters-Zulagen für die schwierigere Arbeit an der Bürgerschule und für die höhere Vorbildung besonders entlohnt. Der Mehrbetrag für den Dienst an der Bürgerschule betrug beispielsweise nach dem mährischen Lehrergesetz vom Jahre 1904 von dem Tag des Dienstbeginns an sofort 400 K und steigerte sich bis zum Ende der Dienstzeit auf mindestens 1000 K. Auch für Böhmen und Schlesien war er in annähernd gleicher Höhe.

Jetzt, nach der neuen Vorlage — ausgearbeitet im Jahre 1925, also mehr als 20 Jahre später, unter den geänderten Feuerungs- und salutarischen Verhältnissen — soll der Fachlehrer zunächst für den Dienst der Bürgerschule überhaupt keinen Mehrbetrag bekommen. Erst bei der nächsten Vorrückung, die unter Umständen auch erst drei Jahre nach der Zuweisung an die Bürgerschule erfolgen kann, soll er eine „Zulage“ bekommen von — sage und schreibe — 300 Kronen pro Jahr! Und im 28. Dienstjahr erhöht sich dann diese Zulage auf — 600 Kronen jährlich! Da neben die tschechischen Parteiführer in Versammlungen und bei festlichen Anlässen von dem hohen Wert und der kulturellen und wirtschaftlichen Bedeutung der Bürgerschule, dieser Volksmittelschule, aber wenn es sich um die Festsetzung der Lehrerbezüge handelt, da geben sie den Bürgerschullehrern Zulagen von 80 Heller täglich und erst, wenn er schon 27 Jahre im Lehramt vollbracht hat, erhöht sich diese Zulage auf K 1.60 pro Tag! Da wird sich jeder Lehrer überlegen, sich zum Studium für die Bürgerschule vorzubereiten, die Bürgerschule wird keine geprüften Lehrer mehr haben und das bedeutet für sie natürlich den Verfall und den allmählichen Untergang!

Wahrlich ein Gesetz, das den gegenwärtigen politischen Machthabern ein Denkmal der Schande setzt!

Dass die Zulage der Schulleiter, Oberlehrer und Direktoren in derselben Höhe belassen wird, wie sie im Jahre 1913 — also vor 12 Jahren — durch den Lehrgesetzesentwurf für Böhmen festgelegt wurde, sei nur so nebenbei erwähnt!

Eine besondere Liebenswürdigkeit für die Lehrerinnen und Handarbeitslehrerinnen bedeutet die in dem Entwurf enthaltene Bestimmung, dass in Zukunft eine Lehrerin, die infolge Verehelichung auf den Dienst verzichtet, keine Abfertigung mehr erhält, also ohne einen Heller Entschädigung aus dem Amte scheiden soll. Die Zeit eines Mutterschaftsurlaubes soll — so weit er drei Monate überschreitet — mit dem Verluste der Bezüge verbunden und weder für Vorrückung noch für die Pension eintreibbar sein.

Bekanntlich hatte die Beamten- und Lehrerorganisation im Wege von Beschwerden an das Oberste Verwaltungsgericht große Erfolge erzielt. Auf Grund der Entscheidungen des Obersten Verwaltungsgerichtes erhielten dann die Beamten und Lehrer, die sich in gleicher Rechtslage befanden, große Nachzahlungen, die besonders bei den

Lehrern in die Millionen gingen, alles Beträge, die ihnen von den Schulbehörden widerrechtlich vorenthalten worden waren. Das soll in Zukunft anders werden. Wer nicht binnen 15 Tagen eine Einwendung gegen die Bemessung seiner Bezüge erhebt, soll den Anspruch auf nachträgliche Berichtigung seines Einkommens verlieren, auch wenn in einem gleichliegenden Falle das Oberste Verwaltungsgericht zu seinen Gunsten entscheidet. So soll der bisher von den Organisationen so erfolgreich geführte Rechtskampf in Zukunft überhaupt unmöglich gemacht und den Behörden so die Möglichkeit geboten werden, durch zu geringe Bemessung der Bezüge die Angestellten, Beamten und Lehrer aufs schwerste zu schädigen und an diesen so notwendigen Arbeitern widerrechtlich und ungesetzlich „Ersparnisse“ zu erzielen, die später durch kein gerichtliches Urteil mehr an den Benachteiligten zurückzutreten werden können!

Der Hauptzweck der beiden Gesetze ist nicht durchsichtig. Er liegt nicht in der nur für wenige Auserlesenen bestimmten Erhöhung der Bezüge, sondern vor allem darin, die beiden großen Gruppen geistiger Arbeiter, die Staatsbeamten und Lehrer, auch im tschechischen Volk in das Verhältnis der schwersten und drückendsten politischen Abhängigkeit zu versetzen und sie so politisch mundtot zu machen.

Ob es der Peitsche bzw. Desfika gelingen wird, dieses unerhörte Gesetz wirklich in der vorliegenden Form im Hause durchzubringen? Zweifellos wollte man ursprünglich die Gesetze zunächst als Köder für die Beamten im Wahlkampf verwenden, denn durch das bloße Aufzählen nicht erfüllter Versprechungen — das wusste man — wird sich auch die tschechische Beamten- und Lehrerschaft kaum dazu bestimmen lassen den Koalitionsparteien die Stimmen zu geben. In der kurzen Zeit, die damals der Prüfung des Gesetzes den Beamten- und Lehrerorganisationen zur Verfügung stand, hoffte man durch die schamlos hohen Ziffern der Höchstgehälter die Beamten zu täuschen und zu blenden und glaubte, sie werden vorläufig nicht inne werden, daß die relativ gutdotierten Posten nur für die Ganztlinge der Mehrheitsparteien reserviert bleiben werden! Vielleicht hat man es auch an Versuchen nicht fehlen lassen, den Leitern der Beamtenorganisation den Widerstand gegen die Vorlage, durch die die Beamtenrechte konfisziert werden sollen, durch die Zuspicherung persönlicher Vorteile bei der Ueberführung in das neue Gehaltsschema abzuliegen. Bei den Lehrern war dies wohl nicht gut möglich, weil diesen die höheren Gehaltsstufen nicht einmal im Wege der Ernennung erreichbar sind. Offenbar fürchtet man die tschechischen Lehrer heute gar nicht mehr. Tatsächlich hat ihre Organisation durch ihre politische Zersplitterung leider jeden entscheidenden Einfluß verloren. So hielt die Regierung offenbar den Zeitpunkt für gekommen, die ihnen nach dem Umsturz gewährte Gleichstellung mit den Staatsbeamten ohne schwerwiegende politische Konsequenzen aufzuheben zu können.

Nun ist es aber doch anders gekommen als die Koalitionsparteien meinten. Die Spekulation auf die Leichtgläubigkeit der Angestellten, Beamten und Lehrer hat fehlergeschlagen, der Täuschungsversuch ist mißlungen, die Organisation hat den Entwurf in der vorliegenden Fassung abgelehnt.

Durch § 3 des Abbaugesetzes wurde der Regierung aufgetragen, den Entwurf über die Regelung der Bezüge der Staatsbeamten bis Ende Dezember vorzulegen. Diese Pflicht hat die Regierung schon dadurch schwer verletzt, daß sie den Entwurf dem alten Parlament nicht vor dessen Auflösung oder doch dem neuem Hause sofort in seiner ersten Sitzung vorgelegt hat. Weil es der

Anschein hat, will die Regierung in ungesetzlicher Weise die Einbringung der Vorlage auch weiterhin verzögern, aber die von den Lehrer- und Beamtenorganisationen erhobenen Abänderungsvorschläge, die sich im wesentlichen mit der vorstehenden Kritik an dem Entwurf decken — dennoch ablehnen. Das ist natürlich ein unerhörtes Spiel, das man da mit den Beamten, Angestellten und Lehrern treibt. Wir richten daher an die Regierung die dringende Aufforderung, die notwendigen Verhandlungen mit den Beamten- und Lehrerorganisationen schleunigst durchzuführen und zum Abschluß zu bringen, und dann unter Berücksichtigung der Forderungen dieser Organisationen den Entwurf einer sofortigen Umarbeitung zu unterziehen. Bei anspruchsvollem Willen kann und wird diese Arbeit in längstens einer Woche fertig sein, denn die For-

derungen der Angestellten, Beamten und Lehrer sind ja der Regierung schon lange mitgeteilt worden. Nach Ablauf dieser Frist wäre der geänderte Entwurf dem Parlament vorzutragen und wenn die wichtigsten Forderungen der Organisationen berücksichtigt werden, so wäre natürlich die Annahme im Hause längst zu bewerkstelligen. Daß das Gesetz rückwirkende Kraft auf den 1. Jänner 1926 erlangen muß, ist wohl selbstverständlich. In der ursprünglichen Form wird der Gesetzentwurf die Zustimmung unserer Partei niemals erlangen, wir werden vielmehr im offenen Hause den unerhörten Entrenchungs- und Anebelungsversuch, den man da an den Angestellten, Beamten und Lehrern begehen will, mit voller Schärfe und Rücksichtslosigkeit aufzuzigeln und auf das leidenschaftlichste bekämpfen.

Empörung in Berlin

über die tschechischen Sprachverordnungen.

Berlin, 6. Feber. (Eigenbericht.) Mit der Sprachverordnung hat die tschechische Regierung ihrem Staate einen sehr zweifelhaften Dienst erwiesen. Gatten schon die Massenemissionen deutscher Staatsangehöriger in Deutschland beginnenden Abbau der aus früheren Jahren datierenden Abneigung gegen das Tschechentum gestört, so haben diese neuen Eingriffe in die gesetzlich garantierten Minderheitsrechte dem Verständigungswerke für die nächste Zeit ein Ende bereitet.

Die ganze Presse ohne Unterschied der Parteilichung berichtet ausführlich und in großer Aufmachung über dieses Ereignis, das eine Brutalisierung darstellt, die der in der Gründungszeit geprägten Auffassung des tschechoslowakischen Staates als einer „höheren Schweiz“ ebenso wie

den in der Verfassung feierlich verheißenen Minderheitenschutzvorschriften, den Friedensbestimmungen und dem Völkervertrage in Gestalt schlägt und die eine so eigenartige Auswirkung des Locarno-Erlasses darstellt, zu dessen eifrigsten Befürwortern sich auch Herr Beneš zählt. Man hat auch das Memoirentwurf des Präsidenten Masaryk genug gelesen, um zu erkennen, wie wenig diese Sprachregelung mit dem humanistischen und demokratischen Bekenntnis des Präsidenten vereinbar ist.

Dieser Regierungskurs zeigt, wie die Parlamentarierin rücksichtslos die Minderheiten auszuheben sucht, ohne die Rückwirkung auf das Empfinden des großen Nachbarvolkes zu beachten.

Inland.

Eine traurige „Einheitsfront“

Stellt der „Deutsche Verband“ dar, den Landbündler, deutsche Christlich-sozialen, Nationalsozialisten und Gewerkschaftler am Freitag gegründet haben. Ganz abgesehen davon, daß aus dieser „Einheitsfront“, weil es sich nur um eine parlamentarische handelt, die Deutsche Demokratie von vornherein ausgeschlossen erscheinen, gehören ihr, wie wir ja bereits berichteten, auch die Deutschnationalen nicht an, die auf dem Mehrheitsprinzip bestanden und, da sie es nicht durchsetzen, sich jetzt in die Botschaften schlagen. D mit ist also die Einheitsfront, für die alle deutschbürgerlichen Parteien und Kandidaten im Wahlkampf eidräftig auf ihre Schwerter schloßen, wieder einmal ins Wasser gefallen und an ihrer Statt ist aufstanden nur die „Arbeitsgemeinschaft“ in neuer Auflage, nämlich plus Hofenkreuzler und minus Demokraten. Dieser verächtliche Verband scheint den Deutschbürgerlichen selber wenig Freude zu machen. Der „Bohemia“ beispielsweise entrinot sich statt eines Jubelartikels der Ungezogene Strohseufzer (Titel über drei Spalten): „Und trotz allem keine Einheitsfront!“ Nämlich trotz der neuen Angriffe des tschechischen Nationalismus. Und der Artikel, den die „Bohemia“ zu der Gründung des „Deutschen Verbandes“, der keiner ist, losläßt, klingt weniger nach einem Geburtstagsgruß als nach einem Beileidschreiben zum Tode eines Schwerkranken, der trotz aller ärztlichen Bemühungen an innerer Verdrächtigkeit sankt im Herrn einschlafen ist. Es entspricht durchaus der Haltung der „Bohemia“, die eine deutschdemokratische und eine deutschnationalistische Herzkammer hat, daß sie von dem

um die Demokraten verkleinerten „Aktivisten“-Verband nicht begeistert ist und sich lieber an die Seite der Deutschnationalen stellt, von denen die „Bohemia“ behauptet, daß ihre, nämlich der Deutschnationalen Anschauung über die Verfassung eines deutschbürgerlichen Verbandes „dem allgemeinen Volksempfinden mehr entgegenkam“. Aber ist es nicht possierlich, nein, tragikomisch, zu sehen, wie schon am Tage nach der Gründung des neuen parlamentarischen Verbandes die Richtungen sofort wieder gegeneinander aufstreten? Wie man gar keinen Versuch macht, die Gegensätze, die man doch im Namen des Deutschturns unbedingt überbrücken wollte, auch nur einen Tag zurückzustellen? Nun wird es für jeden augenfällig, wie innerlich unwohl so wie alles frühere Einheitsfrontgerede auch die letzte, pathetische, heldenhafte Gemeinschaftsschwur war, zu dem sich die Herrschaften vor dem Wahltag fanden. Jetzt geht das Sattelspiel von vorne an. . .

„Cesta Slovo“: Für die Sprachverordnungen ist die gesamte Koalition verantwortlich! Das Abendblatt des „Cesta Slovo“ schreibt an auffälliger Stelle: „Eine Sache würde einer Aufklärung wert sein. Einige Blätter bringen die Nachricht, daß die sozialdemokratischen Minister mit Absicht das neue Sprachgesetz nicht unterzeichnet hätten, um gewissermaßen gegen den Inhalt des Gesetzes zu protestieren. Außer dem verurteilen sie die Erlasse, die von den Ministern Střibny und Franke im Eisenbahn- und Postministerium ausgegeben wurden. Es werde vielleicht noch eine eigene Sprachverordnung für den Verkehr mit den Parteien (nicht für den inneren Dienst) ausgegeben werden. Wir erachten es als eine ausgeschlossene Sache, daß gerade in diesem Falle ein Versteckenspiel betrieben wird. Die Sprachverordnung hat die Regierung er-

Copyright durch Wilhelm Goldmann Verlag, Leipzig, 1925.

Die Goldwäscher am Klondike.

Roman aus der Zeit der großen Goldfunde in Kanada und Alaska

44 von Emil Droonberg.

In diesem Augenblicke war auch das nächstfolgende Floß an der Seite des feststehenden angekommen und Kane, der längst mit einem aufgerollten Tau über dem Arme bereitgestanden hatte, sprang auf dieses hinüber und gab Escher das Ende des Taus in die Hand, noch ehe Paterson anfing, ein solches von den Schlitzen zu lösen.

Geführt von der Strömung und mit einem Duzend kräftiger Schwimmtische nachhelfend, erreichte Escher Eileen, die, als sie sah, daß Escher ihr zu Hilfe kam, ihrer weiteren Abstrift Widerstand entgegensetzte, wenn auch nur mit geringem Erfolge.

„Eileen!“ stammelte er, und dann schwieg er plötzlich, denn er traute sich nicht, noch ein einziges Wort mehr zu sagen.

Aber sein Arm umschlang ihren Oberkörper, und den jungen, biegsamen Mädchenleib an sich pressend, glaubte er dessen Wärme wie einen magnetischen Strom durch die dicke Kleidung hindurch fühlen zu können, als Paterson und Kane sie beide mit vereinten Anstrengungen nach dem Floß zu ziehen begannen.

Sald hatten sie es erreicht und Kane half Eileen aus dem Wasser. Escher machte sonderbarerweise keinerlei Anstalten, es zu besteigen, sondern hielt sich nur am Rande fest.

Kane glaubte, daß er wohl seiner schweren, voll Wasser gefolgten Kleidung wegen nicht ins Wasser fallen würde, sich selbst zu helfen und reichlich ihm die Hand.

Escher winkte aber ab. „Noch nicht“, sagte er.

Dabei füllte er seine Lungen tief mit Luft und tauchte noch einmal unter.

Es dauerte eine geraume Weile, ehe er wieder zum Vorschein kam. Als es geschah, hatte er eine an einem Tau befestigte eiserne Brechstange in der Hand, die er auf das Floß warf, das sich bereits wieder, kaum daß jemand das gewahrt geworden war, in Bewegung gesetzt hatte.

Er selbst klonn schwer atmend auf das Floß. „Was bedeutet das?“ fragte Kane.

„Nicht mehr und nicht weniger, als einen neuen Schurkenstreich dieses Salunkens.“

„Welches Salunkens? Lynn?“

„Welcher sonst? Ich hoffe, es sind nicht so viel Salunkens hier herum, daß man darüber lange im Zweifel sein könnte. Als ich ins Wasser stürzte und mit den Armen um mich warf, schlug ich gegen ein Tau, das an einem der Stämme befestigt war und in schräger Richtung straff in die Tiefe reichte. Das war auffällig, denn es war mir sofort klar, daß wir an dem Tau irgendwie verankert waren. Es war auf jeden Fall die Ursache, daß wir hier festgefahren waren. Ich bin deshalb noch einmal untergetaucht, habe mich an dem Tau entlang gefühlt und hier ist das, was ich an seinem Ende fand, zwischen zwei Felsstücken eingeklemmt. Niemand anders als der Schuft Lynn hat das getan. Er hat sich in der Nacht an das Floß geschlichen, das Brecheisen an das Tau gebunden und ins Wasser verfrachtet und das andere Ende des Taus an einem der Stämme befestigt. Da wir die Stämme ja auch mit unsern eigenen Tauen zusammengebunden haben, fiel das nicht auf. Wer konnte denn schließlich auch auf einen solchen Streich vorbereitet sein?“

„Deshalb ruckte das Floß so im Anfange, weil das Brecheisen im tiefen Wasser nach-

schleppte und manchmal an Steinblöcken hängen blieb!“ rief Eileen empört.

„Ja, nur deshalb“, bestärkte Escher. „Und als wir in leichteres Wasser kamen, hatte es sich einfach fest. Erfürderlich, der Schuft, das muß man ihm lassen.“

„Jetzt weiß ich wenigstens, warum der Kerl so erpicht darauf war, mit seinem Floß gleich hinter Ihnen herzufahren. Er gedachte Ihr Floß zu rammen und es in Stücke zu brechen oder doch wenigstens die Stämme auseinanderzureißen, was ja genau dasselbe bedeutete. An etwas Nebrliches hatte ich ja gedacht und deshalb auch dafür geforgt, daß ich ihm dicht auf den Fersen war. Daß er die Sache aber so gut vorbereitet haben würde, hatte ich mir doch nicht vorgestellt. Ein kleiner Fehler war aber in seiner Kalkulation. Er hatte nicht damit gerechnet, daß Ihr Floß unter dem Zug, den das Tau auf die eine vordere Ecke ausübte, hinten aus der Strömung schwingen und sein Floß ohne den erhofften Zusammenprall vorbeischwimmen lassen würde. Aber auch so wäre ihm seine freudliche Absicht bald gelungen, denn daß Sie und Miß Malony hier mit einem kalten Bade davon gekommen sind, ist nicht seine Schuld.“

„Und was nun?“ fragte Escher finster.

„Was nun?“ wiederholte Kane achselzuckend. „Wollen Sie unsere Freunde hier zu einem Lynchgericht zusammenschicken? Das würde freilich kurzen Prozeß mit dem Burken machen, aber ich zweifle, daß Sie genug Teilnehmer dazu zusammenbringen können. Die Leute haben hier alle mit sich selbst genug zu tun. Und für ein ordentliches Gericht, selbst wenn eins da wäre, fehlen Ihnen die Beweise. Es ist ganz sicher, daß Lynn die Schurkerei verübt hat. Können Sie aber beweisen, daß er es war und kein anderer? Nein, ich weiß für den Augenblick keinen andern Rat, als daß sie sich außerordentlich vorsehen, denn er wird immer eine

Art und Weise finden, Ihnen eins auszuwichen, die ihn als Urheber stets aus dem Spiele läßt, wenigstens was die Beweise zu seiner Ueberführung anbetrifft.“

„Wir müssen ihm aus dem Wege gehen“, riet Eileen.

„Damit wird er nicht einverstanden sein. Er nimmt ein zu großes Interesse an Ihnen und wird immer dort sein, wo Sie sind. Aus welchem Grunde, darüber bin ich mir noch nicht klar. Bosheit und Rachsucht sind es allein aber ganz sicher nicht. Das ist für Leute seiner Art ein Luxus, den sie sich nur in beschränktem Maße gestatten, weil er sich schlecht bezahlt. Er muß noch andere Motive haben, denn er arbeitet viel zu systematisch und ausdauernd. Ich denke, in Dawson wird sich das Rätsel lösen. — Aber jetzt aufgepaßt! Da ist der Landungsplatz, und nun gib's auf, bald ein Feuer für Ihre nassen Sachen.“

XIV.

Dr. Lynn interessiert sich für Eschers Handschrift.

Nach einer Reise, die von Juneau im ganzen vier Wochen in Anspruch genommen hatte, erreichte man endlich Fort Selkirk.

Obwohl der Frühling mit Nacht ins Land kam und die Wege durch das nun bald zu erwartende Tauwetter schwer und an Stellen gewiß völlig unpassierbar zu machen drohte, hatte man sich doch entschlossen, hier einen oder zwei Tage Rast zu machen. Escher wollte die Gelegenheiten benützen, vor seiner Weiterreise nach Dawson erst wieder einen Bericht für den „Examiner“ zu schreiben, und auch Eileen und Mrs. Paterson hatten eine Rast nötig, um ihre Kleidung auszubessern, die auf dem Trail bedenklich gelitten hatte.

(Fortsetzung folgt.)

lassen, in der auch die Sozialdemokraten ihrer Stärke nach vertreten sind. Die Verantwortung für dieses Gesetz trägt die gesamte Regierung. Welchen Sinn haben also gewisse Unterschriftsdeklarationen. Es wäre also hoch an der Zeit, wenn die Sozialdemokraten sich endlich bekennen würden, ob sie für die Sprachenverordnung einstehen oder nicht, denn darauf wartet bereits der größte Teil der tschechischen Öffentlichkeit."

Das „Narodni Svobozeni“ bläst in die Koalitionskräfte! Wir haben schon gestern darauf hingewiesen, daß die tschechischen unabhängigen Blätter, die sonst in nationaler Hinsicht vernünftiger sind als die chauvinistischen Koalitionskanonen, bei Herausgabe der Sprachenverordnung in das Horn der Koalition bläsen. „Narodni Svobozeni“ ruft „Endlich Arbeit“ und begrüßt die Sprachenverordnungen. „Bei einem guten Willen“ — heißt es dann weiter — „der sich eventuellen späteren oder nachträglich ergänzenden Korrekturen nicht verschließt, könnten die Sprachenverordnungen zur Wählung nationaler Unstimmigkeiten im Staate führen. Es scheint aber, daß von diesem guten Willen, wenigstens auf deutscher Seite, nicht viel vorhanden ist, die deutsche Presse hat gegen die Verordnungen einen Verweigerungscharakter erhoben, als ob es um die Erdrosselung aller Minoritätsrechte ginge. Einmütig hat sie die Sprachenverordnungen abgelehnt. Die Zeit reiche kaum hin, um das lange Exposé zu überlesen, aber sie genügt den deutschen Politikern, um es mit einem Schlage zu verwerfen. Das sieht wahrlich so aus, als wenn sie die Ablehnung vorbereitet gehabt hätten. Wie gewöhnlich, so sind auch die Deutschen diesmal wenig sachlich und wenig nüchtern: ihr Sentiment hat das Übergewicht über Erwägung und ruhigen Urteile. Schon bei oberflächlicher Bestichtigung der Verordnungen ist es klar, daß sie gegenüber dem bisherigen Stande auch für die Minoritäten bedeutende Vorrechte (!) und Vorteile bedeuten. Fälle, wie sie bei einzelnen Beamten geschehen sind, daß deutsche Beilagen zu bestimmten Eingaben nicht zugelassen worden sind, sind nach den Sprachenverordnungen in Zukunft ausgeschlossen. Die Deutschen dienen ihren Interessen schlecht, wenn sie sich exklusiv unkritisch (!) benehmen. Mit leerem Geschrei werden sie der Republik keinen Schaden zufügen, sondern sich bloß allein. Denn im Lärm vernehmen auch Stimmen und Einwendungen, die sachlich sind."

Die Anerkennung Sowjetrußlands, die für gestern allgemein erwartet wurde, ist neuerdings verschoben worden, da angeblich noch formelle Schwierigkeiten zu beseitigen sind. Man will offensichtlich durch die sofortige Publizierung der Anerkennung Sowjetrußlands nicht die ziemlich wahrscheinlichen Vermutungen bestätigen, daß sich die Nationalen sofort ihre Zustimmung hierzu durch die Sprachenverordnungen ablaufen lassen.

Die Sprachenverordnungen betreffen sich — was freilich zu nennen durch ein Versehen unterließ — auf folgende Ministerien und die ihnen unterliegenden Organe: Inneres, Justiz, Handel, Finanzen, öffentliche Arbeiten und Gesundheitswesen.

Die empörende Horthy-Justiz gegen Sozialdemokraten.

Vor wenigen Wochen ist der ungarische sozialdemokratische Abgeordnete Peyer, weil er eine Amnestieverordnung der Regierung öffentlich kritisiert hatte, zu sechs Monaten Gefängnis, zehn Millionen Geldstrafe, drei Jahren Ehrverlust und zur Säkularisierung seiner politischen Rechte verurteilt worden. Gestern wurde gemeldet, daß der sozialdemokratische Abgeordnete Knaller zu drei Millionen ungarischer Kronen verurteilt wurde, weil er seinem Unmut darüber Ausdruck gab, daß wegen der Durchfahrt Horthys durch einen Bahnhof eine Menge Leute (darunter Knaller) in ein Wartezimmer gepfercht wurde und zugleich kam die Meldung, daß der Redakteur der sozialdemokratischen „Nepzabada“, Székely, zu drei Jahren Gefängnis verurteilt wurde, weil er geschrieben hatte, daß die ungarische Justiz mit verschiedenen Mäßen mißt und daß es naiv ist, von einem unabhängigen ungarischen Gericht zu sprechen.

Dieses letztgenannte Urteil übertrifft an Ungehörlichkeit all das, was die Horthy-Justiz bisher geleistet hat. Die ganze Welt weiß, was man sich heute unter einem ungarischen Gericht vorzustellen hat; in diesem Lande geschehen die lapidalen Verbrechen unter Pöbel, ja unter Mithilfe der Regierung (siehe die Französischungen)! Wenn aber ein Sozialdemokrat die Justiz, die ja dieses System am deutlichsten wiederpiegelt, nur mit einem Worte kritisiert, wird er verurteilt und die „unabhängigen“ Gerichte verurteilen ihn, wie der Fall Székely beweist, in grauam harten Kerkerstrafen, ohne ihn zu loben. — Fall Knaller — und man wird schon bestraft. Sozialdemokraten sind vogelfrei in Ungarn wie in Italien. Doch Druck erregt Gegenbrand. Auch das Maß Horthys und Mussolinis wird einmal voll werden

Nächst der Justiz ist die Person Horthys das ungarische Ding Nühr-mich-nicht-an. Die Kritik Peyers an der Amnestieverordnung hat die gehässige Person des Reichsverweigerers verletzt — sechs Monate, Geldstrafe, Verlust aller politischen Rechte! Ja, man braucht nur den Mund über Horthy aufzutun, ohne ihn zu loben. — Fall Knaller — und man wird schon bestraft. Sozialdemokraten sind vogelfrei in Ungarn wie in Italien. Doch Druck erregt Gegenbrand. Auch das Maß Horthys und Mussolinis wird einmal voll werden

Entsetzliches Arbeitsloseneiend im Böhmerwald

Ein Hilferuf an das Ministerium für soziale Fürsorge.

Ueber dringliches Ersuchen der Bezirksorganisation Ronsperg hat der Parteivorstand durch einen Vertreter Erhebungen über die Lage der arbeitslosen Saisonarbeiter in den deutschen Gebieten der Bezirke Taus, Ronsperg und Hoftau (oberes Böhmerwaldgebiet) anstellen lassen. Das erste Ergebnis dieser Informationsreise ist nachfolgendes Memorandum des Klubs unserer Abgeordneten und Senatoren, das am Samstag dem Ministerium für soziale Fürsorge übermittelt wurde.

An das Ministerium für soziale Fürsorge, Prag.

Der gefertigte Klub der Abgeordneten und Senatoren der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei sieht sich veranlaßt, die Aufmerksamkeit des Ministeriums für soziale Fürsorge auf den katastrophalen Zustand der Arbeiterbevölkerung der Gerichtsbezirke Ronsperg, Hoftau und Taus in Westböhmen zu lenken. Es handelt sich hauptsächlich um die deutschen Waldgemeinden: Grafenried, Mauthaus, Reid, Kronau - Stosau, Schwarzach, Waier, Rindl (Gerichtsbezirk Ronsperg), Althütten, Plöz, Eisendorf, Gorfahin, Weihenfulz, Heiligenkreuz, Mutterdorf, Witterst, Wasseran, Berg (Gerichtsbezirk Hoftau), Vollmau, Fichtenbach, Brennet, Sophienthal, Heinrichsberg, Haselbach, Wassersuppen (Gerichtsbezirk Taus), welche zusammen über 3000 Arbeitslose beherbergen, die sich wie folgt verteilen:

Gerichtsbezirk Ronsperg	2000
" Hoftau	780
" Taus	500

Die Entwicklung der letzten Jahre hat die Existenzquellen dieser Menschen und ihrer Familien vollkommen verschüttet. Sie wurden einst von den Gutsherrschäften in dichter Zahl in einem unwirtlichen Waldgebiet angesiedelt und in zahlreichen kleinen Glashütten beschäftigt. Als vor zwei bis drei Jahrzehnten diese kleinen Glaszerzeugungsbetriebe mit wenigen Ausnahmen der großindustriellen Konkurrenz erlagen, schwand damit die Haupterwerbsmöglichkeit der dortigen Bevölkerung. Soweit die Arbeiter nicht bei den einheimischen Großgrundbesitzern Beschäftigung finden konnten, gingen sie als Saisonarbeiter nach Deutschland, hauptsächlich nach Bayern und Sachsen. Der damalige große Bedarf an unqualifizierten Arbeitskräften bot ihnen bei Neubauten, Erdarbeiten, wie auch in der Industrie und Landwirtschaft Verdienst, wovon sie die Ersparnisse im Winter daheim mit den Familien verzehrten. Ueber die Arbeitslosigkeit der Wintermonate half vielfach die von Frauen und Kindern betriebene Spigenklöppelei hinweg, welcher Zweig der Heimarbeit in dem bezeichneten Gebiete sehr stark verbreitet ist.

Da kam der Weltkrieg. Die Hungersnot wütete in diesem ertragarmen, auf fremde Zufuhren angewiesenen Grenzgebiete furchtbar und ließ ihre Opfer in einem Zustande schwerer physischer Erschöpfung und Unterernährung zurück. Das Elend fand nach dem Kriege seine Fortsetzung in der Form einer allgemeinen Arbeitslosigkeit. Die Mühlde zu den reichsdeutschen Arbeitsplätzen machten die Grenzschwierigkeiten und die Valutenschwankungen für die überwindende Zahl der Betroffenen unmöglich, die Arbeitslosigkeit im Inlande ließ den Arbeitern dieses entlegenen Gebietes keine Erwerbsmöglichkeiten im weiteren Inlandsbereich finden. So waren sie durch Jahre hindurch teils auf den Bezug der staatlichen Arbeitslosenunterstützung, teils auf die Beschäftigung bei Notstandsarbeiten, teils auf Gelegenheitsarbeiten (Hofensplüde, Getreide- und Rübenerte) angewiesen. Auf keiner Seite reichte das Einkommen weiter als zur Bestreitung des dringendsten Nahrungsbedarfes. Bei den Notstandsarbeiten wurde beispielsweise

Kommunistische Freiheit.

Die Leningrader Jugendorganisation aufgelöst!

Aus Moskau wird gemeldet:

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei hat beschlossen, die Leningrader Jugendorganisation der Kommunistischen Jugendbewegung aufzulösen und neu zu bilden. Der Führer dieser kommunistischen Jugendverbände wird abberufen und ins Innere Rußlands verschickt. Außerdem werden auch die kommunistischen Jugendorganisationen in Charkow, Kiew, Tombov und Cherson aufgelöst.

Zum besseren Verständnis dieser Meldung diene Folgendes: Die „Leningradskaja Prawda“ berichtet (seit erst) über einen Beschluß der kommunistischen Jugendorganisation (Komsomol) der Leningrader Ortsgruppe der KP, bereits in der ersten Jännerhälfte zu gunsten der Opposition. Diese Konferenz verwarf mit 16 gegen 8 Stimmen den Vorschlag eines Mitgliedes, die Resolutionen des Parteikonferenzen anzunehmen und sich ihnen zu unterwerfen, d. h. sie entschied sich für die Linie der Opposition. Die „Leningradskaja Prawda“ widmet dieser so spät bekanntgewordenen Konferenzent-

schluß durchwegs nur um den staatlichen Zuschuß von K 9.— täglich (abzüglich Krankengeld) gearbeitet, welcher Betrag für Brot und Kartoffel nicht hinreichte, indessen an eine Nachschaffung von Kleider, Wäsche, Hausrat etc. überhaupt nicht zu denken war. So sind die Menschen durch die Kriegs- und Nachkriegsjahre furchtbar hinuntergekommen und dabei völlig verarmt.

Das Elend der Arbeitslosen hat aber erst in diesem Winter seinen Gipfel erreicht.

Die staatlichen Zuschüsse für die Notstandsarbeiten sind verfiel, diese Arbeiten durchwegs eingestellt. Das Arbeitslosenfürsorgegesetz nach dem „Genter System“ hat die Leute außerhalb der staatlichen Arbeitslosenfürsorge gestellt, weil ihnen zu 99 Prozent der Erwerb der gewerkschaftlichen Konkurrenz unmöglich ist. Das von einer schweren Inflationsschraube heimgesuchte Deutschland hat die Bayern- und Sachse ngänger zu früher Heimkehr gezwungen. Die in Deutschland herrschende Arbeitslosigkeit läßt den Wiederantritt ausländischer Arbeitsstellen für die nächsten Monate nicht erhoffen. Dazu kommt noch, daß die Waldarbeit in den Forsten des Großgrundbesitzes bis auf geringe Ausnahmen ruht, da mit den großen Schlägerungen der verlassenen Konnenjahre die Bewirtschaftungspläne überschritten wurden. Dazu kommen ferner noch lokale Ursachen, wie die Verdrängung der Holzschachtelerzeugung im Gebiet von Wassersuppen durch maschinelle Konkurrenz, wie die Auflösung der Glashütten- und Spiegelwerke in Fichtenbach. Wären diese Verhältnisse schon an und für sich geeignet, ihre menschlichen Opfer zur Verzweiflung zu treiben, so hat noch ein weiteres Moment mitgeschoben, eine soziale Katastrophe über das Gebiet hereinbrechen zu lassen. Die Spigenklöppelei, die in schweren Zeitaltern der letzte Rettungsanker dieser Dorfproletariat war, befindet sich in einer scharfen Krise. Fertige Spigen sind entweder gar nicht, oder nur gegen eine Bagatelle von Entlohnung anzubringen, wobei die Händler die Spigen grundsätzlich nur gegen Ware eintauschen.

Derart sind gegenwärtig in dem betreffenden Gebiete die Verhältnisse beschaffen. Geradezu unbefriedigend ist die Notlage der dortigen Arbeiterbevölkerung.

Die Menschen sind unterernährt wie in der schlimmsten Kriegszeit. Kartoffel, Wassersuppe und Eichorbeerbrühe sind ihre regelmäßige Nahrung. Vieles fehlt nicht nur das Brot für die Erwachsenen, sondern auch die Milch für die Kinder und Säuglinge. Zahlreiche Familien haben nicht einmal mehr Kartoffeln vorrätig. Die Väter müssen betteln gehen, um ihre Kinder vor dem Hungertode zu bewahren. Manche Arbeitslose haben nicht einmal mehr ein Hemd am Leibe. Schulkinder besitzen nicht die notwendigen Kleider, ja oft nicht einmal Holzpantoffel für den Schulweg. Kranke, stehende ohne ärztliche Hilfe und Behandlung dahin.

Die Armenpflege der Waldgemeinden, die infolge solcher Belastung Umlagen bis zu 2000 Prozent aufweisen, kann dem Elend nicht steuern. Die hohen Umlagen treffen wieder jene Arbeitslosen, die eine kleine Realität besitzen und dann die Steuern nicht bezahlen können. Das Erscheinen des Steuererzetzlers beschließt in solchen Fällen die Tragödie.

Nach alledem ist verständlich, daß die Arbeitslosen, die dem bittersten Hungerelend überantwortet sind, auch keine Mittel für die Anschaffung von Brennstoffen haben. Sie leben mitten im Wald, aber wenn sie sich Holz von dort holen, werden sie von Hengern und Gendarmen aufgegriffen, angezeigt, wegen „Diebstahl“ abgeurteilt, mit Arrest und Wahlrechtsverlust bestraft. Dasselbe trifft Arbeitslose, die Besenruten aus dem Walde holen, um dann die gebundenen Besen gegen Lebensmittel

schleifung einen langen Leitartikel, in dem sie in bestigter Sprache ihrer Empörung darüber Ausdruck gibt, daß die kommunistische Jugend Leningrads durch ihre Leiter eine derartige Stellungnahme zu beschließen gewagt hat. Ueberall in den Parteizellen sei die falsche Richtung der Opposition erkannt und gebrandmarkt worden und da dreiste sich die Jugend, bei den Irretümern und Vorurteilen der Vorkongresszeit zu verharren. Das Blatt drückt die Hoffnung aus, daß die Mehrheit des Komsomol von Leningrad diese ihre Führer sehr bald verlassen und sich zu den Beschlüssen der Parteilichheit bekennen werde.

Dierzu scheint bereits eine energische, wohl von „oben“ geleitete „Belehrungsarbeit“ in den Reihen des Komsomol eingesetzt zu haben. Es ist schon gelungen, die Jugendorganisation des Krasny Putilowez umzustimmen und zu einer Loyaltätsklärung zu bewegen; in anderen Betrieben und Zellen wird noch lebhaft gekämpft. Der bevorstehende allgemeine Kongress des Komsomol wird ein genaueres Bild der Lage innerhalb des Parteinachwuchses geben.

Wie man den Sieg der Wahrheit auf diesem Kongress vorbereitet, das zeigt die obige Meldung über die Auflösung der Leningrader Jugendorganisation sehr deutlich . . .

eintauschen zu können. Sie werden deswegen vor Gericht zitiert und in einzelnen Fällen (Gemeinde Mauthaus, Bezirk Ronsberg) wegen „Vandalendiebstahl“ dem Kreisgericht überantwortet. Es muß aber hier bemerkt werden, daß es nur der ungeheueren Geduld und der anerkanntswerten Rechtschaffenheit dieser Menschen zu verdanken ist, wenn Eigentumsdelikte bisher nur ausnahmsweise vorgekommen sind. Mit verschwindenden Ausnahmen sind die Arbeitslosen durchwegs ehrliche, arbeitswillige Elemente, die nur den einen Wunsch haben, sobald als möglich Verdienst zu finden und in erträglichen Lebensverhältnisse zurückzuführen.

Gegenüber diesem unverfälschten Anglück von mehreren tausend Familien erwächst dem Staate die Pflicht zu unverzüglicher und ausreichender Hilfeleistung. Es muß auf die betroffene Bevölkerung verbitternd wirken, wenn jenseits der Grenze im bairischen Gebiete jeder bedürftige Arbeitslose eine angemessene Bekundestützung bezieht, während sie hilflos ihrem traurigen Schicksal überlassen bleibt. Hier liegt eine empfindliche Lücke in unserer öffentlichen Arbeitslosenfürsorge vor, welche die Einleitung außerordentlicher Hilfsmaßnahmen durch die staatlichen und autonomen Behörden vollauf rechtfertigen würde. Aus diesen Erwägungen heraus richtet der unterfertigte Klub an das Ministerium für soziale Fürsorge das dringliche Ersuchen, um rasche Einleitung einer großzügigen Hilfsaktion für das geschilderte Elendsgebiet. In Anbetracht der vorliegenden Verhältnisse empfiehlt der unterfertigte Klub die Hilfsaktion in zwei Teile zu gliedern:

1. Bekämpfung der Hungersnot.
2. Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten.

Hierzu wird vorgeschlagen:

ad 1. Gewährung einer außerordentlichen Notaushilfe für die Bedürftigen Familien, Beschaffung von Lebensmitteln und Bekleidungsstücken für die Notleidenden, Ausspeisung der Arbeitslosen in Schulküchen.

ad 2. Fertigstellung der angefangenen Notstandsarbeiten (Straßenbauten) durch Subventionen des Staates und der autonomen Bezirke. Behördliche Einwirkung auf die Besitzer der beschlagnahmten Wälder des Notstandsgebietes betreffs unentgeltlicher Brennholzgewährung, Einleitung von Forstkulturarbeiten und Inangriffnahme von neuen Schlägerungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Einleitung einer planmäßigen Aktion zur Arbeitszuweisung im In- und Auslande.

Zur Durchführung der Hilfsaktion wird die Bildung zweier Hilfsausschüsse für je das Gebiet der politischen Bezirksverwaltung in Bischofteinitz und Taus vorgeschlagen, denen anzugehören hätten: je ein Vertreter der politischen Behörde, der beteiligten Bezirksverwaltungskommissionen, der zuständigen Jugendfürsorgestellen, der Arbeitslosen und schließlich des zuständigen Unterverbandes der Krankenkassen. Die Hilfsausschüsse hätten die Aufgabe, durch ihr Wirken an Ort und Stelle die Auswahl der hilfsbedürftigen Arbeitslosen vorzunehmen, die Verteilung der Hilfsmittel zu überwachen und schließlich die Ausspeisung der Schulküchen im Einvernehmen mit den Gemeinden und Schulverwaltungen in die Wege zu setzen. Sie hätten ferner die vorhandenen Arbeitsmöglichkeiten zu überprüfen und den zuständigen Behörden bezüglich der Einleitung, beziehungsweise Fortführung von Notstandsarbeiten Vorschläge zu unterbreiten.

Der unterzeichnete Klub behält sich vor, in Bezug auf eine dauernde Besserung der sozialen Verhältnisse dieses verarmten Grenzgebietes noch weitere Vorschläge zu erstatten, glaubt aber schon jetzt betonen zu müssen, daß Maßnahmen zur Hebung der Klöppeleindustrie oder Ersetzung dieses Erwerbszweiges durch einen anderen gesicherten Zweig der Heimarbeit geboten wären. Ferner wird darauf hingewiesen, daß im Zusammenhange mit der Enteignung der beschlagnahmten Grenzwälder Maßnahmen ergriffen werden könnten, welche an Stelle einer ausgedehnten Holzansfuhr (Rohstoffansfuhr) nach Bayern, wie sie gegenwärtig betrieben wird, Möglichkeiten einer industriellen Verwertung dieser Holzmassen im Inlande und zugleich die Schaffung von Arbeitsgelegenheiten zum Ziele haben müßten.

Der unterfertigte Klub stellt es dem Ministerium für soziale Fürsorge anheim, die vorstehend geschilderten Tatsachen, wie sie von seinen Gewährsmännern an Ort und Stelle erhoben wurden, durch amtliche Organe überprüfen zu lassen, ja es wäre die Entsendung einer amtlichen Untersuchungskommission sogar sehr erwünscht. Es sei nur in diesem Zusammenhange der Wunsch ausgedrückt, daß mit dieser Kommissionsführung keine Verzögerung der Hilfsaktion verbunden wird und daß die mit der Mission beauftragten Amtsglieder mit den notleidenden Arbeitslosen direkt in Fühlung treten. Zudem er die diesbezüglichen Entscheidungen dem freien Ermessen des Ministeriums überläßt, spricht er um Schluß die bestimmte Erwartung aus, daß dieser Notschrei nicht ungehört verhallen wird und daß durch ausgiebige Hilfsmaßnahmen der drohende Hungertod von tausenden unglücklichen Arbeiterfamilien noch rechtzeitig verhindert wird.

Prag, am 6. Feber 1926.

Unterschriften:

Die vielen erschütternden Einzelheiten dieser Arbeitslosentragedie sollen in unserer Parteipresse unter Verwertung von photographischen Aufnahmen durch eine Aufskizze geschildert werden.

Erklärung.

Zu dem im „Sozialdemokrat“ Nr. 140 vom 16. Juni 1925 unter dem Titel „Deutschnationale Flugblätter gegen Lodman...“

Die Redaktion.

Tagesneuigkeiten.

Zu dieser Sprachverordnung.

Die Tschechen und vor allen die, denen es am wenigsten anstcht, berufen sich gern auf die revolutionäre und humanistische Vergangenheit ihres Volkes.

„Nur ein Ziel schwebt vor unsern Augen: das Heil der Menschheit und wie alle zurückgeführt werden möchten zum Streben nach dem alle umfassenden Heil, zur einfachsten Wahrheit, zum tiefsten Frieden in allen Dingen.“

„Kommet alle, denen eure und eures Geschlechtes Wohl am Herzen liegt, aus jedem Volk, von jeder Zunge und jeder Seele — ihr alle, die ihr euch nach dem Besseren schneht!“

Und dreieinviertel Jahrhundert nach Comenius erläßt Herr Svehla die Sprachverordnungen, die auf jedes dieser Worte wie die Faust aufs Auge wirken!

Was ist's mit der Abkürzung der Militärdienstzeit?

Das Wehrgesetz der Tschechoslowakischen Republik setzt die Militärdienstzeit auf vierzehn Monate fest, bestimmte aber für die Uebergangszeit, daß die Soldaten nach Ablauf dieser Dienstzeit noch vier Monate aktiv nachzudienen haben, im ganzen also achtzehn Monate unter Waffen sein müssen.

Wenn die Militärverwaltung „nicht vorbereitet“ ist, so würde das nur beweisen, daß man im Kriegsministerium in den fünf Jahren, während man doch genug Zeit zur Vorbereitung hätte finden können, keinen Augenblick ernstlich an die Erfüllung dieser verfassungsmäßigen Pflicht gedacht hat.

Die afrikanischen Regier würden es sich, wie das Zizlower Wochenblatt „Volne Slovo“ feststellt, nicht gefallen lassen, wenn sich in irgendeiner Regierstadt folgendes zuzutragen hätte: Im Ambulatorium des Prager Krankenhauses starb am 4. Dezember 1925 der Zizlower Bürger Josef Stáská.

Journalle.

Enthüllungen über das „Neue Wiener Journal“.

In Wien hat soeben die erste Verhandlung in einem Prozesse stattgefunden, der auf die Verhältnisse in der bürgerlichen Presse, ein beachtendes Licht wirft.

Herr Bruno Wolf, ein Redakteur des „Neuen Wiener Journal“, hat nun mitgeteilt, daß Pössl seine Stellung im Blatt zu veränderlichen Handlungen mißbraucht habe und schließlich als Expresseur und Revolverjournalist entlarvt worden sei.

Deshalb klagte Pössl den Herrn Wolf wegen Ehrenbeleidigung. In der Verhandlung, die vor dem Bezirksgericht Diebing stattfand, begann die Durchführung des von Wolf geführten Wahrheitsbeweises.

Wie Anzeigeninsertate zustande kommen.

Wolf behauptete, Pössl habe über die Versicherungsgesellschaft „Universal“ im „Neuen Wiener Journal“ einen Artikel veröffentlicht, der über den finanziellen Stand dieser Gesellschaft sehr ungünstige Mitteilungen enthielt.

Der Regierungsrat.

Wolf behauptete weiter: Pössl hat sich beim Sektionschef Bergmann vom Handelsministerium um den Regierungsratsstitel beworben. Als er erfuhr, daß er den Titel nicht erhalten könne, hat er mit Enthüllungen gedroht und schließlich, als ihm der Titel nicht verliehen wurde, im „Neuen Wiener Journal“ Angriffe gegen Bergmann gebracht und dieser wurde auch in Disziplinaruntersuchung gezogen.

Eine Bestechung mit vierzig Millionen.

Wolf behauptete weiter: Pössl hat im „Neuen Wiener Journal“ einen Artikel voll Lobes über Dr. Braun-Stammfest gebracht und sich für diesen Artikel vierzig Millionen zahlen lassen, die in seine Tasche flossen.

gebens in drei Zeitungen. Das Krankenhaus hatte nämlich den Tod Stáskás nicht der Polizei gemeldet und ließ den „unbekannten“ Toten im Massengrab beerdigen.

Neber das unehrerliche Vorgehen gegen eine junge Mutter in Nömerstadt hat bekanntlich unser Sternberger Parteiblatt nur insoweit berichten dürfen, als dem Zensor angenehm war.

Das Rubert des Lederer.

Es kam nun ein Fall zur Sprache, der von dem bekannten Spirituskapitalisten August Lederer handelt. Der Junge Fritz Danzinger, der Prokurist bei Lederer ist, gab an: Pössl ist mein alter Freund und ich habe ihn sehr oft im „Neuen Wiener Journal“ besucht.

Der Junge bestätigt noch, daß sich Pössl vom Ingenieur Greiner für einen Artikel drei Millionen Kronen zahlen ließ.

Ein Geschäft mit der Monarchistenbank.

Zeuge Redakteur Dr. Friedrich Lorenz gab an, er habe gehört, daß Pössl telephonisch mit W. Deega, dem jetzt eingesperrten Direktor der verfallenen Novsch-Desterreichischen Bank, gesprochen und Anträge verlangt habe, da er ihm sonst unangenehm werden könnte.

Das „Neue Wiener Journal“ und Vösel.

Wolf behauptete, Pössl habe sich von Vösel Geld dafür geben lassen, daß unangenehme Artikel nicht veröffentlicht werden, und Pössl habe unter Mißbrauch des Redaktionsgeheimnisses Vösel auf Mitteilungen, die von anderer Seite ausgesendet worden sind, aufmerksam gemacht.

Der Richter brach die Verhandlung ab, da er die ganze Sache dem Landesgericht abtrete, damit es prüfe, ob Pössl nicht das Verbrechen der Erpressung begangen habe.

Diese Untersuchung mag nun ausgehen, wie sie will. Sie wird nichts an der Charakteristik ändern, die die stattgefundene Verhandlung über die bürgerliche Journalle ergeben hat.

Man sperre die noch nicht ganz Genezene in ein eiskaltes Loch, so daß das Mädchen vor Kälte gestorben wäre, hätten nicht die Angehörigen warme Kleider und Teden geschickt.

Der Verhandlung der Arbeiter-Abfahrer findet zu den Osterfeiertagen, und zwar am 4. und 5. April in Turn im „Wilhelmthal“ statt.

Eine geheimnisvolle Schmutzaffäre. Die „Lidove Noviny“ melden aus Olmütz, daß die 900.000 K, die dem in Lundenburg verhafteten Kremlerer Advokatenkongipienten Fried abgenommen wurden, dem Olmüher Erzbischof gehörten, der damit irgendein Gut im Ausland bezahlen wollte.

Die Defraudation auf der Brünner Hauptpost. Die Postbeamtin Riedl, die nach Unterschlagung eines in die Hunderttausende gehenden Betrages mit ihrem Mann Brunn verließ, konnte bisher trotz angestrengtester Tätigkeit der Sicherheitsbehörden zweier Kontinente nicht ausgefunden werden.

Rundfunk für Alle!

Programm für morgen, den 8. d. M.

Prag, 17: Konzert; 18.15: Deutsche Sendung, Prof. Dr. Frankl: Ueber moderne Bildungspflanze. 20.02: Orchesterkonzert. — Brunn, 19: Konzert; 20.10: Proben aus „Die Heilingsfrau des Mchradtscha“.

Wellenlängen der Stationen: Prag 368, Brunn 750, London 365, Paris 1750, Berlin 505 und 576, Stuttgart 443, Leipzig 452, Breslau 418, München 485, Frankfurt 470, Wien 530, Zürich 515.

ebenfalls bei der Post angestellt ist, in Post genommen, da der Verdacht der Mittäterschaft bestehen soll.

Die zivilen Pensions- und Versorgungsgebühren werden vom 1. April 1926 grundsätzlich am Ersten jedes Monats ausbezahlt werden.

Wild-West. Zwei schon längere Zeit hindurch verfolgte Straßenräuber brachen dieser Tage in die Farm „Ebusa“ bei Groß-Schenkowitz ein.

Prager Chronik. In der Brebanergasse in Prag wurde vor zwei Jahren der Diener des Bankhauses Betschek u. Co. überfallen und des mitgeführten Geldbetrages von 400.000 K beraubt; kurz zuvor war in Wien ein ähnlicher Raub ausgeführt worden.

Wie Arbeiter in Sowjetrußland exmittiert werden. In der „Nishegorodskaja Kommuna“, dem amtlichen Organ, in Nischni-Rowgorod vom 13. Dezember 1925, Nr. 286, ist folgende „Obligatorische Bestimmung Nummer 5 des Präsidiums des Staatsowjets von Nischni-Rowgorod vom 13. November 1925“ veröffentlicht:

§ 15. Arbeiter und Angestellte sowie die ihnen gleichgestellten Personen, die nach Ablauf von zwei Monaten nach der letzten Frist für die Entrichtung der Miete diese nicht bezahlt haben, werden, neben der zwangsweisen Entreibung der Miete sowie der hinzukommenden Geldstrafe, zwangsweise aus der Wohnung entfernt; ausgenommen sind jene Fälle, die in der Anmerkung zu Artikel 14 angeführt sind; den übrigen Zahlungspflichtigen gegenüber wird dieselbe Bestimmung nach Ablauf von sieben Tagen nach der letzten Zahlungsfrist angewendet.

Die erwähnte Anmerkung in Artikel 14 stellt den Ausnahmefall nur für Personen fest, die der sozialen Versicherung unterstehen und die ihnen gewährte Pension oder Unterstützung nicht erhalten haben, sowie für Arbeiter und Angestellte in Staatsbetrieben, wenn diesen der Arbeitslohn nicht rechtzeitig ausgezahlt worden ist.

50 Pariser Toiletten für Frau Kollontai. Die Kontrollkommission der russischen Kommunistischen Partei hat bei der Ueberprüfung der Tätigkeit der Sowjetgesandtschaft in Oslo festgestellt, daß die Gesandte Frau Kollontai im Laufe eines Jahres etwa 50 Toiletten bei Paquin und Worth in Paris bestellt hatte.

Der Frauenhandel in Hinter-Indien. Der ausgebreitete Frauenhandel im ostindischen Archipel macht der indischen Regierung bei ihrem Kampfe gegen die Prostitution große Schwierigkeiten. Gerade die mohammedanische Ehe-Gesetzgebung kommt den Händlern mit lebender Ware, welche die heimlichen Bordelle auf Java versorgen, sehr zufluten. Die Händler sind meistens gut situierte Malaien, die sich sogar eine Frauen-Einkaufszentrale in Bandung geschaffen haben. Hier wird hauptsächlich das Mädchen von den Sunda-Inseln verhandelt, weil die Nachfrage nach diesen hübschen Mädchen am größten ist. Die Agenten der Händler bereisen die Dörfer und suchen nach ärmlichen Familien mit vielen Töchtern. Die Eheschließung ist überhaupt leicht, da der Bräutigam den Eltern die Kaufsumme als Brautkauf bezahlt. Es kommt hinzu, daß in der indonesischen Gesellschaft die Tochter von Jugend auf als ein ganz minderwertiges Geschöpf betrachtet wird. Der vom Bräutigam bezahlte Brautkauf gilt deshalb als eine den Eltern zuteil werdende Vergütung für die nutzlose Geburt der Tochter. Solch ein Agent-Bräutigam heiratet dann auf dem Lande schnell hintereinander die ihm nach mohammedanischen Gesetz erlaubten vier Frauen und reist mit ihnen, da seine Papiere ja in Ordnung sind, nach den Großstädten, wo er sie gegen gute Bezahlung an den Käufer abliefern. Bei dieser Gelegenheit spricht er die Verstoßungsformel über seine vier Frauen aus und kann wieder nach Sumatra oder einer anderen Insel zurückkehren, um abermals vier Frauen zu heiraten und das Spiel von neuem zu beginnen. Wieder andere Händler heiraten eine Mutter mit möglichst vielen für die Prostitution geeigneten Töchtern. Sie brauchen es hinsichtlich des Alters der Mädchen nicht so genau zu nehmen, da in diesen Gegenden schon zwölfjährige Mädchen mit Vorliebe zur Ehe begehrt werden. Nachdem der Händler die Mutter geheiratet hat, adoptiert er die Töchter, damit sie ihm zum Gehorsam verpflichtet sind. Dann liefert er ebenfalls in der oben geschilderten Weise seine ganze Familie im Vordell ab. Die indische Regierung will daher zunächst einmal Standesämter einführen, um auf diese Weise dem Frauenhandel besser entgegenzutreten zu können.

Eine überschwemmte Wüste. Wie aus Bagdad gemeldet wird, ist infolge der bereits seit einigen Tagen andauernden Regengüsse die Wüste zwischen Bagdad und Jerusalem überschwemmt. Der Postkurier, welcher am 31. Jänner in Bagdad eintrafen sollte, ist infolge des Hochwassers vom Wege abgekommen und befindet sich 130 Meilen westlich von Bagdad.

Ein graufiger Leichensund wurde Freitag morgen in Hamburg gemacht. Als eine Zeitungsträgerin gegen 5 Uhr morgens einen Torweg passierte, gewahrte sie in einer Nische einen Gegenstand, den sie in der Dunkelheit für einen zusammengekauerten Menschen hielt. Bei näherem Betrachten gewahrte sie, daß es sich um einen Koffer handelte. Als man den Deckel öffnete, befand sich der untere Teil einer weiblichen Leiche darin. Die Kriminalpolizei hat Polizeihunde auf die Spur gesetzt.

Eine Kindertragödie ereignete sich auf dem Eise in der Nähe des Dorfes Bagow in Westphalenland. Drei Schulkinder, die das morische Eis des Baches zu überqueren versuchten, brachen ein und ertranken.

Das schwarze Unwetter, das seit 30 Jahren beobachtet wurde, tobt weiter über dem Atlantischen Ozean und über der Ostküste der Vereinigten Staaten. Schneestürme haben den Verkehr in New York nahezu lahmgelegt. Der Schnee liegt 6 Zoll hoch. 20 Personen sind im Schneetreiben bereits ertrunken.

Wegen der Benutzung einer Altardecke als Hochzeitsanzug erhielt ein Arbeiter aus Regensburg vier Monate Gefängnis. Er hatte sich den Stoff in der Dominikanerkirche in Regensburg von der schwarzen Altardecke abgeholt.

Ein Teil der polnischen Wegelagerer, die sich seit Monaten in Pommern im Byprower Walde herumtreiben, haben neuerdings wieder Überfälle auf Landstraßen ausgeführt. Auf der Landstraße Wriegig-Mogow wurde das Pferd eines Einspanners durch ein über die Straße gespanntes Seil zu Fall gebracht. Im Kreis Greifenhagen wurde ein junges Mädchen auf der Landstraße angehalten und nach Geld untersucht. Auf der Chaussee zwischen Großschönfeld und Marienthal wurde ein Schlossergeselle überfallen und ausgeraubt.

Von glühenden Kohlen wurden in Wegberg bei Erteilung fünf Arbeiter der Fabrik Hartmann beim Reinigen eines Kessels verbrannt. Einer der Verletzten ist bald darauf gestorben. Zwei dürfen mit dem Leben davonkommen.

Der sechste Einbruchdiebstahl in London bisher erlebt hat, ist am Donnerstag in einem Tuchgeschäftshaus in Holborn Zirkus, an einem der verkehrsreichsten Punkte Londons, verübt worden. Vor dem Laden des bestohlenen Tuchhändlers befand sich eine Autobus-Haltestelle, wo zur Zeit des Einbruchs mindestens 20 Personen auf eine Fahrgelegenheit warteten. Wenige Schritte von dieser Menschenmenge entfernt haben die Diebe den Laden aufgedröhrt und mindestens eine halbe Stunde darin zugebracht.

Der Regenschirm als Fallschirm. Ein gefährliches Spiel mit dem Leben trieb in dem oberbayerischen Städtchen Allendorf ein 18jähriger junger Mann, der auf die tolle Idee kam, auszuprobieren, ob ein ausgepannter Regenschirm auch als Fallschirm verwendbar sei. Er sprang aus dem zweiten Stockwerk seines elterlichen Hauses, kam aber nicht auf die Erde, sondern die gefüllte Zehngruben nahm ihn schützend auf. Hilfsbereite Leute befreiten den seltsamen Fallschirmkünstler aus seiner ählichen Situation.

Der letzte Hohenzoller „stirbt an der Spitze seiner Armee“.

Die vollständige Unwissenheit Wilhelms in allen militärischen Dingen, aber sein Bestreben, überall mit einer „genialen Schlachtenentwerfung“ zwischenzureden, hatte zu dauernden Konflikten, die von seinen Wilhelms rein persönlicher Natur waren, mit der Obersten Heeresleitung geführt. Später isolierte man den Kaiser vollständig, das heißt man verschwieg ihm entweder den Beginn großer Aktionen oder man schob ihn vorher unter Vorpiegelung großer Wichtigkeit auf irgendeinen Posten, wo er nicht schaden konnte.

So geschah es auch vor einem großen geplanten Durchbruch bei Arras 1917. Man hatte ihm erzählt, seine Anwesenheit an der „Front“ wäre bei dem Ernst der Situation unbedingt erforderlich. Seine persönliche Gegenwart würde bei den Truppen die größte Kampfbegeisterung auslösen usw. Um ihn zu überzeugen, riet man ihm von anderer Seite „wegen der hohen Lebensgefahr“ dringend ab. Er erklärte aber darauf mit pathetischer Geste:

„Ein Hohenzoller stirbt oder stirbt an der Spitze seiner Armee!“

Der Plan war gegliedert. Es wurden umfangreiche Vorbereitungen getroffen, zu denen Wilhelm persönlich seine Anweisungen gab. Ja, dieser größtenteils sinnlose Romanismus ging so weit, daß er seine Armeestafeln, die er nie anders als zur Kaninchenjagd und zu ähnlichem Zeitvertreib hinter der Front benutzte, vorher im Garten auf eine Scheibe einshoß.

In der Nacht sollte der Angriff stattfinden. Am Abend ließ er noch einmal seine Generale zu sich kommen, mußte aber erleben, daß ihm Hindenburg und Ludendorff mitteilen ließen, sie hätten keine Zeit. Er verabschiedete sich von seiner Umgebung, und der Hofzug fuhr ab, an die „Front“.

Man hatte ihm einen Beobachtungsstand auf einer Anhöhe empfohlen, die etwa 100 Kilometer hinter der ersten Linie lag. Die Nacht brach herein und fand den Kaiser „auf seinem Posten“. Von der Front dröhnte das Trommelfeuhr hrüber, von dem er nichts anderes merkte als das Feuer der Abschüsse und Einschläge. Die Telephonleitung, die ihn angeblich direkt mit dem Hauptquartier verbinden sollte, ging bis in das nächste Dorf, wo man einen Generalstabsoffizier hingesetzt hatte, der Wilhelm „mit den neuesten Nachrichten“ versah.

Der Angriff hatte begonnen. Hunderttausende von Menschen starben, verbluteten und sprangen um ihr Leben in den Granatlöchern herum. Aber

Humor.

Die zerbrochene Dachrinne und der Amtschimmel. Im Simplicissimus wird erzählt: Ein Finanzrat erhält für Ausführung einer Dacharbeit am Finanzgebäude folgende Rechnung: Ich bringe dem Finanzamt in Anrechnung: 1. für das Verbringen der Leiter und des Werkzeuges von meinem Wohnhaus zum Finanzamtsgebäude 1 RM., 2. für das Anstellen der Leiter am Finanzamtsgebäude 50 Pf.; 3. für das Befolgen der Leiter und Verbringen des Werkzeuges auf das Dach 1.50 RM.; 4. für Ausführung der Dacharbeit 3 RM.; Summa 6 RM. — Das vielbeschäftigte Finanzamt läßt die Rechnung ein Vierteljahr liegen und legt sie dann sofort der vorgesetzten Behörde zur Prüfung vor. Ein dort beschäftigter sehr gewissenhafter Prüfungsbeamter kontrolliert die Rechnung aufs genaueste und ergreift die Feder zur folgenden Rückfrage: Das Amt hat sofort Bericht zu erstatten, ob sich der Dachbedermeister A. dort noch auf dem Dache des Finanzamtsgebäudes befindet, da für das Herunterfeigen vom Dache und für das Wegnehmen der Leiter keine Kosten in Ansatz gebracht wurden.

Volkswirtschaft.

Der Außenhandel in der Tschechoslowakei im Jahre 1925.

Aktivum: 1205 Millionen Kč.

Zoeben hat das statistische Staatsamt den Bericht über den Außenhandel herausgegeben, so daß es bereits möglich ist, sich ein Bild über die tschechoslowakische Ausfuhr und Einfuhr im Jahre 1925 zu machen. Danach betrug die Gesamtausfuhr der Tschechoslowakei im Jahre 1925 18.799 Millionen Kronen, die Gesamteinfuhr 17.595 Millionen Kronen. Der Ausfuhrüberschuß beträgt also 1205 Millionen, das ist um etwas mehr als 1924 (1180 Millionen Kronen).

Die Gewerkschaftsbewegung in der Türkei. Trotzdem die Türkei industriell noch sehr rückständig ist und ständige Verdrüssungen in der Zusammensetzung der Bevölkerungen die Schaffung fester Grundlagen für eine Arbeiterklassenbewegung erschwert, kann man in der Türkei die ersten Anfänge einer Gewerkschaftsbewegung bis zum Jahre 1910 zurückführen. Damals bildete sich in Konstantinopel eine sozialistische Partei, um die sich bald auch einige Gewerkschaften gruppierten. Diese setzten sich vorwiegend aus griechischen, türkischen, armenischen und jüdischen Arbeitern zusammen und hatten ihr Hauptquartier in Galata, dem europäischen Teil der Stadt. Nachdem diese ersten Elemente einmal Fuß gefaßt hatten, bildeten sich bald weitere Gewerkschaften und später auch eine unabhängige Sozialistenpartei und ein allgemeiner türkischer Arbeiterbund. Die Arbeiter, die speziell für die gewerkschaftliche Organisation in Frage kommen, sind vorwiegend in Konstan-

tinopel in der Tabak-Industrie und in den Docks. In Smyrna in den Feigenpflanzungen und in Jundakal als Bergarbeiter beschäftigt. Besonders diese Bergarbeiter sind sehr schlecht organisiert und befinden sich noch auf einer Stufe, die von der Arbeiterbewegung weit entfernt ist. Da ein enger Zusammenhang zwischen den verschiedenen, oft unter sehr schwierigen Umständen arbeitenden gewerkschaftlichen Gruppen des Balkans die Festigung der Gewerkschaftsbewegung im nahen Osten sehr fördern kann, ist zu hoffen, daß auch die Gewerkschaften der Türkei auf den in diesem Frühjahr in Sofia tagenden gewerkschaftlichen Balkankongress, des A. G. B. vertreten sein werden.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Frankreich. Die günstige Konjunktur der französischen Wirtschaft erklärt den Umstand, daß in Frankreich die Arbeitslosigkeit bisher mit so rückständigen Methoden bekämpft wurde. Die einzigen Hilfsmaßnahmen gingen von privaten Einrichtungen und von öffentlichen Organisationen aus, letztere sind vom Staat unterstützt worden. Die privaten Organisationen sind entweder Arbeitslosenvereine oder Gewerkschaften, die zur Gewährung von Arbeitslosenversicherungen besonders ermächtigt sind, oder es sind Genossenschaftsvereine. Die Arbeitslosenvereine nehmen jährlich an Ausdehnung zu, im ersten Halbjahr 1918 beteiligten sich an den staatlichen Unterstützungen 24, 1923 schon 26 Klassen. Nur eine Minderheit der Arbeitslosen sind bewirbt sich um die staatliche Subvention. Die Zahl der Ansuchen um staatliche Subventionierung ist, wie M. Tepas in der Internationalen Zeitschrift für Sozialversicherung ausführt, so gering, daß der Staat den vorgesehenen Höchstbetrag der Unterstützungen geben konnte, nämlich 20 Prozent der von den lokalen und 30 Prozent der von den Verbänden gewährten Unterstützungen. Die staatlich unterstützten öffentlichen Einrichtungen sind die Arbeitslosenvereine, die von den Departements, von den Gemeinden oder von Gruppen von Gemeinden errichtet sind. Die am meisten verbreitete Form ist der Munizipalfonds, der von einer einzelnen Gemeinde errichtet und aus den ordentlichen Einnahmen oder aus außerordentlichen Finanzquellen gespeist wird. Die öffentlichen Arbeitslosenvereine haben im Jahre 1921, in welches eine industrielle Krise mit bedeutender Arbeitslosigkeit fiel, 550.661 Arbeitslose unterstützt, im Jahre 1924 aber nur 10.419. Der neue Entwurf der Sozialversicherung führt auch die Arbeitslosenversicherung ein. Es wird eine tägliche Unterstützung von 40 v. H. des Lohnes für alle Verletzte bei unfreiwilliger Arbeitslosigkeit gewährt. Diese Unterstützung soll um 0.50 Franc für die Gattin und jedes Kind unter 16 Jahren erhöht werden, doch soll sie die Hälfte des Lohnes nicht überschreiten. Vom neunten Tage der Arbeitslosigkeit an für 60 Verletzte innerhalb von zwölf Monaten soll die Unterstützung gewährt werden. Das Erfordernis für diesen Versicherungsbeitrag soll gedeckt werden durch eine Luise von

1 v. H. der nach dem Gesetz zu entrichtenden Gesamtbeiträge, durch Subventionen des Departements und der Kommunen in der Mindesthöhe eines Viertels der ausgezahlten Unterstützungen und durch Subventionen des Staates, deren Höhe im Budget festgelegt werden wird. Der Beitrag für die Arbeitslosenversicherung macht ein Promille des Lohnes aus und wird jährlich etwa 30 Millionen Franken ergeben.

Turnen und Sport.

1. öherr. Arbeiter-Turn- und Sportfest 4. bis 11. Juli 1926.

Das große internationale Fest des Wiener Proletariats.

Der Pariser internationale Arbeitersportkongress hat zu dem Plan, in Wien in der Zeit vom 4. bis 11. Juli 1926 ein großes internationales Sport- und Kulturfest abzuhalten, seine Zustimmung gegeben. Die verantwortlichen Vertrauensleute des Wiener Proletariats sind sich bewußt, welche gewaltige Aufgabe da zu lösen sein wird. Aber die Größe des zu Bewältigenden steigert nur den Eifer des proletarischen Wien, das entschlossen ist, allen seinen Gästen aus nah und fern — und es werden deren viele Zehntausende sein — eine imposante Kraft in möglichst packender und anschaulicher Gestalt vor Augen zu führen. Den Gästen, die da aus allen Ländern und Staaten zusammenströmen werden, soll nicht nur Wiens Gastfreundschaft und Wiens landschaftliche und künstlerische Schönheit geboten werden, sondern zugleich ein farbenprächtiges und eindrucksvolles Bild der Durchdringung des alten Wien von der neuen, der proletarischen Kultur.

Schon jetzt arbeitet eine Reihe von Unterausschüssen sehr eifrig an der Vorbereitung des gewaltigen Festes. Der Pressenausschuß hat die Herausgabe einer periodisch erscheinenden Festzeitschrift beschlossen, die sich zum Ziele setzt, sowohl das Programm des ganzen Festes als auch seine hohe internationale Bedeutung und Fernwirkung ins rechte Licht zu setzen. Die endgültige Programmbestimmung wird natürlich erst nach erfolgter. Schon jetzt aber sieht fest, daß gleich der Auftakt des Festes ein geradezu glänzender sein wird. Am Abend des 3. Juli, also am Vorabend des offiziellen Festbeginnes, wird auf dem Kranz der Berge, die sich um Wien schlingen, ein malarisches Höhenfeuer entzündet werden. Auf den Bergen werden nächtliche Versammlungen bei Fackelbeleuchtung und ganz im Wiener Stil gehaltene Volksfeste abgehalten werden. Wiens Lichteffekte werden überhaupt dem ganzen Feste dauernd freundliche Gesichter und Bundesgenossen sein. Die feierliche Beleuchtung des Rathauses und des Hofschreibens versteht sich von selbst. Gleichzeitig damit aber werden auf den schönsten Plätzen Wiens, auf dem Karlsplatz und auf dem Heldenplatz vor der einstigen Hofburg der Gabburger, bei Fackel, Lampions, und Scheinwerferbeleuchtung proletarische Massenveranstaltungen erfolgen. Ein großes Feuerwerk wird nicht fehlen und auch die Donauillumination ist von den Behörden bereits bewilligt worden. Ein Abend ist auch für ein großes Strandfest im Arbeiterstrandbad und den angrenzenden Bädern reserviert, wobei darauf gedacht wird, bei Wasserfahrrästen, Wasserspielen und Lampionreigen 20.000 Menschen zu vereinigen.

Die Massenentfaltung wird überhaupt, was ja selbstverständlich ist, eine entscheidende Rolle spielen. In der Reihenfolge der hohen Warte wird ein Weibspiegel inszeniert werden, bei dem mit einem Besuch von hunderttausend Menschen gerechnet werden kann. Umgekehrt in der Festmitte wird an einem Nachmittag ein eigener Kinderfestzug arrangiert werden. Den Höhepunkt des ganzen Tages wird jedoch zweifellos der gigantische Festzug vom Stadtiunern bis zum Trabrennplatz bilden.

Bei alledem haben wir noch nicht ein Wort von dem gewaltigen sportlichen Programm gesprochen, das ja die andere und größere Hälfte des Festes einnehmen soll. Auch davon wird später noch mehr zu sagen sein. Deute sei nur die eine besonders erfreuliche Mitteilung gemacht, daß mit unserem proletarischen Sportfest zugleich das von der Gemeinde Wien erbaute Amalienbad, das größte geschlossene Schwimmbad Europas, feierlich eröffnet und vom internationalen Proletariat eingeweiht wird.

An den Proletariermassen der Internationale selbst liegt es nun, dem großen Fest auch der seiner würdigen Rahmen zu geben: durch massenhafte Beteiligung. Für bedeutende Fahrpreisermäßigungen, ganz billige Unterkünfte und Verpflegung ist vorgesorgt und den Arbeitern und Angestellten ganz Europas bietet sich eine nicht so bald wiederkehrende Gelegenheit, mit durchaus erschwinglichen Mitteln eine acht- bis zehntägige Reise in das herrliche Wien, in das Wien des Proletariats, in die größte sozialistische Gemeinde der Welt unternehmen zu können. Wenn die Arbeiter und Angestellten nun jetzt mit Separationen, keinen wöchentlichen Rücklagen und bescheidener Selbstbesteuerung beginnen, werden sie im Sommer 1926 Zeugen sein eines gewaltigen, nicht nur sportgeschichtlich bedeutsamen und nicht nur ästhetisch herzerfreuenden, sondern auch eines proletarischen Wunders, proletarischen Aufstiegs und proletarischer Kultur in einprägsamster Weise verkörpernden Zeitereignisses von allgemein geschichtlicher Kraft.

Die bürgerliche Winter-Olympiade im Jahre 1928 findet, wie nunmehr endgültig feststeht, in Engelberg in der Schweiz statt.

Der amerikanische Fliegerleutnant John MacReady hat in einem Höhenflug von 55 Minuten Dauer eine Höhe von 36.000 Fuß, d. h. 10.972 Meter, erreicht. Damit ist er nur um 194 Meter hinter dem Welthöhenrekord des Franzosen Gallico zurückgeblieben.

Kunst und Wissen.

Kleine Bühne — Erstaufführung „Michael Hundertpfund“, eine Tragödie von Eugen Oetner. Wenn der Autor als Zeit der Handlung „nach dem Kriege“ angibt, so tut er eigentlich etwas Ueberflüssiges, denn das Sujet dieses Stückes könnte ebensogut vor zwanzig Jahren seine Berechtigung haben. Für den unbefangenen Theaterbesucher bedeutet dies eine kleine Irrführung, weil er ein Stück wirklicher Nachkriegshandlung zu finden hofft. Bis zum Formalen. — Seiner allgemeinen Tendenz nach ist die genannte Tragödie schlechweg eine Heimatdichtung, die sich in seinem spezifischen Gehalt von dem Schönheits- und Angenrührenden nicht viel unterscheidet, meint man doch in der Gestalt Hänsles, einen wahrhaftigen Steinhilbermann in zweiter Auflage wiederzufinden. Aber die Technik! Hier leistet Eugen Oetner wirklich gute Arbeit. Hier zeigt er sich in elementarer Macht. Insbesondere der letzte Akt wirkt durch seine menschliche Unmittelbarkeit, die wiederum an Hasenclöver gemahnt, die Hörer bis ins Innerste aus. Die Fabel selbst ist ziemlich schlecht: Der Matrose Michael Hundertpfund weilt bei seinen Verwandten im Schwarzwald auf Urlaub. In Freiburg hat er ein Mädchen, Maria, lieb gewonnen, das seine Verwandten in ihr Haus aufnehmen. Diese, zwei alte, landfronime, zufriedene Leute, deren Ehe kinderlos geblieben war, wollen ihr Häuschen der Kirche vermachen. Michael, ein robuster, jedoch haltloser Mann, fesselt seine Liebe zu Maria und zum heimlichen Wald so an das Häuschen, daß er seinen Urlaub überschreitet, Eifersucht auf einen Fortgeschickten, der sich an Michaels Mädchen heranzumachen versucht, ist die Ursache eines Zerwürfnisses mit seinen Verwandten, den beiden Klöpfern, und unwirsch nimmt er seinen Abschied, um irgendwo in der Welt sein Glück zu versuchen. Kommt jedoch fort, läßt ihn die Vorstellung nicht los, daß da oben auf seinem Heimatboden ein Häuschen steht, das die Gewähr für seine sichere Zukunft sein könnte und gerade dieses müssen die beiden Alten in den unfruchtbaren Schoß der Kirche legen. Er eilt zurück und erschießt beim ersten Zusammentreffen die beiden Alten, die es sich eben vorher anders überlegt hatten und sich mit der Absicht trugen, ihm das Häuschen zu schenken. — Von diesem Punkt an ist eigentlich alles selbstverständlich: Angst, Gewissensqualen und Trost. Von hier aber wächst erst Maria, die jetzt ein mutiges, initiatives Martyrium auf sich nimmt, ihn schützen und retten will, jedoch vergebens, die Tat findet ihre Sühne. Die Darstellung ließ nichts zu wünschen übrig. Was insbesondere den Schwarzwälder Dialekt anbelangt, so kann man mit Genugtuung feststellen, daß er bis in die kleinsten Nuancen echt war. Die bäuerlichen Typen der beiden Klöpfer wurden von Rösner und Irene Stein glänzend wiedergegeben. Kenner zeichnete den Michael Hundertpfund mit knoblauchigen Strichen wahr und echt. Und als Hänsle zeigte fast noch Paul Hörbiger wieder einmal eine echte, in Darstellung nicht übertriebene Rolle des Bauernphilosophen, dessen innere Ausgeglichenheit über all

den wechselnden Menschengeschichten steht. — Das Haus war gut besetzt und das Publikum beifalls-lustig. —

Uraufführung. In der übernächsten Woche gelangt im Neuen Theater die dreitägige Komödie „Die Insel der Affen“ von Hellmuth Unger unter der Spielleitung Leopold Kramers zur Uraufführung.

Die nächste Opernovität, Umberto Giordanos „Mahl der Spötter“ wird Dienstag, den 16. d. M., zur Erstaufführung kommen. — Die Oper bringt in dieser Woche Dienstag Mozarts „Zauberflöte“ mit Hilde Bah-Kehlmann (Königin der Nacht) und Alfred Karen (Sarastro) als Gäste a. A.

Neueinstudierung von Frank Wedekinds „Liebestrank“. Nächsten Samstag nach einer längeren Reihe von Jahren wird im Rahmen einer Festspielvorbereitung Frank Wedekinds „Liebestrank“ in neuer Inszenierung zur Aufführung gelangen.

Lehars neue Operette „Paganini“ wurde für das Neue deutsche Theater erworben und wird voraussichtlich ungefähr Mitte März, vom Komponisten dirigiert, zur Erstaufführung gelangen.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Sonntag um 3 Uhr nachm. „Zwei glückliche Tage“, halb 8 Uhr abends „Deutsche Kleinstädter“, Montag „Michael Hundertpfund“, Dienstag „Der wahre Jakob“, Mittwoch „Die Freundin Dr. Erzellens“, Donnerstag abends „Ramselle Ritouche“, Freitag „Charleys Tante“, Samstag 7 Uhr abends „Der wahre Jakob“, 10 Uhr nachts „Liebestrank“, Sonntag 3 Uhr „Charleys Tante“, halb 8 Uhr „Liebestrank“, Montag „Der wahre Jakob“.

Spielplan des Neuen deutschen Theaters. Heute halb 8 Uhr „Die Puppenfee“, 7 Uhr abends „Mascottchen“, Montag „Gräfin Mariza“, Dienstag abends „Die Zauberflöte“, Mittwoch abends halb 8 Uhr „Phygmalion“, Donnerstag „Julius Caesar“, Freitag „Der Kuh“, Samstag „Mascottchen“, Sonntag halb 8 Uhr „Rigoletto“, 7 Uhr „Die Zeresina“, Montag „Mascottchen“.

Literatur.

Die „Konsumgenossenschaft“ Nr. 3 vom 1. Jänner 1926 hat folgenden Inhalt: Vorschau. — 10 Jahre Zentralverband sinnlicher Konsumvereine. — Beilagen: 20 Jahre Großenhandelsverein. Von Alois Scharnowell (Freudenthal). — Die geistigen Wurzeln des Genossenschaftswesens. Von Prof. Dr. Ernst Gränich (Halle a. S.). (Fortsetzung.) Vor einer neuen Verfassung der Arbeiterschaft. — Die Kosten des Zwischenhandels. — Die Bäcker-Flachgenossenschaft. — Vom Tage. — Bildungsarbeit. — Rechts- und Steuerangelegenheiten. — Ausländische Genossenschaftsbewegung. — Literatur. — Ankündigungen der Konsumvereine. — Inserate.

Der Film.

Gunnar Tolnaes wird am 8. d. im Lucernsaal einen Vortrag über: „Historie des Films und meine Erlebnisse beim Film“ halten. Tolnaes, ein gebürtiger Norweger, hat durch eine Reihe Filme Weltruf erlangt. Er ist der erste Star des Nordisk-Film.

Das Weib des Centauren. Einer der wenigen amerikanischen Filme, die einen ernstlichen Anlauf zur Lösung psychologischer Fragen nehmen. Der Vorwurf kann natürlich nicht sein: ein Künstler schwankt hallos zwischen seiner reinen Liebe zu einem ideal veranlagten Mädchen, das er später zu seinem Weibe macht, und seiner Sinnenslust nach einem leidenschaftlichen Weib, um schließlich dennoch zu seiner Gattin zurückzufinden. John Gilbert (der männlich schöne Griffo aus „Seine Stunde“, der in Wirklichkeit natürlich gar nicht so schön ist, weil er ja nicht immer eine kleidsame Uniform tragen kann, dafür aber eine sympathische Erscheinung und ein sehr guter Schauspieler ist) in der Hauptrolle vermag die Seelenkämpfe des Künstlers recht überzeugend zur Geltung bringen. Seine beiden Partnerinnen sind nicht minder glücklich gewählt: Eleanor Boardman als die hingebende, verstehende Gattin und Millen Pringle (die Tamara aus „Seine Stunde“) als beglückendes, sinnensfreudiges Weib geben ihr Bestes, um den Film zu einem geliebten Ausstattungsfilm zu machen. **F. W.**

Aus der Partei.

Sozialdemokratische Studentengruppe. Dienstag, 9. Jänner, 8 1/2 Uhr abends findet im „Verein deutscher Arbeiter“ der 1. Abend des Seminars „Die österreichische Revolution“ statt. Leiter Gen. Dr. E. Franzel. Erscheinen aller Mitglieder Pflicht.

Bereinsnachrichten.

„Urania“.

Wochenprogramm:

Heute Sonntag, halb 11 Uhr: „Island“, Reifekulturfilm.

Montag, 8 Uhr: „Konrad Ferdinand Meyer“ (zu seinem 100. Geburtstag) Univ.-Prof. Geseemann. Zum Besten der „Slavistischen Arbeitsgemeinschaft“.

Montag, 8 Uhr: „Island“, Reifekulturfilm. Dienstag, 8 Uhr: „Die Welt des Millimetres“ mit Lichtbildern. Univ.-Prof. Ehrenhaft-Wien.

Dienstag, 8 Uhr: „Tierschutz und Humanität“ Dr. Max Thun-Hohenstein.

Herausgeber Dr. Ludwig Czoch.

Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Niehner.

Druck: Deutsche Zeitungs-A.-G. Prag.

Für den Druck verantwortlich: O. Sallil.

Auch die Mode-Details sind von größter Wichtigkeit!



T 3502

T 3503

T 3504

T 3505

Nicht nur die Form unserer Kleider, unserer Hüte und unserer Mäntel ist der Mode unterworfen, auch alles, was dazu gehört, die vielen Details der Toilette wechseln von Saison zu Saison. Die elegante Frau, die Frau, die wirklich Geschmack besitzt, und die sich wachlos alles das annimmt, was die Mode bringt, wird immer bemüht sein, die Details ihres Anzuges aus dem Charakter ihres ganzen Auftretens ihrer Eigenart heraus zu bestimmen. Nur dann ist eine Harmonie zwischen der Trägerin und der Kleidung und ihren Akributen vorhanden. Der Schal spielt momentan noch immer eine wichtige Rolle. Der kurze Schal wird zu seinem Hauptteil fehlen, er ist auf Goldblume gefertigt, mit dicker Quaste als Abschluss oder besteht aus dem Stoff des Kleides. Im Theater trägt die elegante Frau gern den großen spanischen Schal. Weniger Kopfzerbrechen hat heuteutage die Dame mit ihrer Frisur, denn der Bubifopf herrscht noch wie vor und beherrscht uns in des Wortes wahrster Bedeutung. Obgleich aber Alt und Jung abgesehen vom Haar trägt, gibt es darin unendlich viel Nuancen in Bezug auf den Schnitt, und hier muß der Spiegel zu Rate gezogen werden; denn jedes Gesicht verlangt eine besondere Einordnung durch das Haar. Krauses Gelock und eine Ponymähne werden einem Gesicht mit einem Stupfnäsechen einen besonderen Charme verleihen, während einem hochgehenden Typ natürlich glattes, unobstruiertes Haar besser ansteht. Für den Abend trägt man breite und schmale Stirnbänder. Der Turban bleibt modern und das Diadem feiert Triumphe. Es werden vielfach römische Fedentuffs angefaßt, das ist unter dem Kopfschirm sehr leicht und sehr einfach. Am Tage erscheint man wieder ohne Kopfen, sie gehören dem Abend, wie so vieles andere.

T 3502. Kleinfeld aus leuchtendblauem Crepe Georgette. Apart ist der Schürzenteil, auf dem der feine Rüschenstreifen angebracht ist. Semper-Schnittmuster, für jede Größe verwendbar, ist gebrauchsfertig lagernd und sofort erhältlich. Preis Ks 7,50.

T 3503. Kleinfeld aus leuchtendblauem Crepe Georgette. Apart ist der Schürzenteil, auf dem der feine Rüschenstreifen angebracht ist. Semper-Schnittmuster, für jede Größe verwendbar, ist gebrauchsfertig lagernd und sofort erhältlich. Preis Ks 7,50.

T 3504. Kleinfeld aus leuchtendblauem Crepe Georgette. Apart ist der Schürzenteil, auf dem der feine Rüschenstreifen angebracht ist. Semper-Schnittmuster, für jede Größe verwendbar, ist gebrauchsfertig lagernd und sofort erhältlich. Preis Ks 7,50.

T 3505. Kleinfeld aus schwarzem Crepe Georgette. Apart ist der Schürzenteil, auf dem der feine Rüschenstreifen angebracht ist. Semper-Schnittmuster, für jede Größe verwendbar, ist gebrauchsfertig lagernd und sofort erhältlich. Preis Ks 7,50.

Verkaufsstellen d. gebrauchsfertig zugeschnittenen **SEMPER-Schnittmuster:**
Die Zentrale der „GEC“, Prag II, Fügnerova nám. 4 und alle Warenhäuser der „GEC“.
In Prag: H. Pöckl & Hermine Reichmann. In Prag: VII., Bělská 62, Gustav Nisch.

Mittwoch, 17 Uhr: „Cato, ein altrömischer Charakterkopf“, Univ.-Prof. Reiter. 5. Vortrag: „Bilder aus dem klassischen Altertum“.

Mittwoch, 8 Uhr: „Wie erhalte ich mein Kind gesund?“ Dr. Pawatschek, 4. Vortrag: „Medizin für Alle“.

Donnerstag, 8 Uhr: „Turgenejew“, Univ.-Prof. Geseemann. Zum Besten der „Slavistischen Arbeitsgemeinschaft“.

Freitag, 8 Uhr: „Die Hohen Tauern“ mit 150 Lichtbildern. Seraphine Obermayer (Wien).

Freitag, 8 Uhr: „Nehrenthal“, Univ.-Prof. Weber 3. (lehter) Vortrag: „Staatsmänner aus dem alten Oesterreich“.

Samstag, 3 Uhr: Kulturfilm.
Dazu sämtliche Kurse des „Modernen Bildungsinstitutes“.

Karten zu allen Veranstaltungen, Mitglieds-Erneuerungen, Mitglieds-Anmeldungen täglich Urania-Violassa: halb 10—1 und 3—7 Uhr. Telefon: 20.420.

Voranzeige:

„Was erkennt der Kriminalist und der Arzt aus der Schrift und der Hand?“ mit Lichtbildern. Dolfine Poppe, Montag, den 15., 8 Uhr. Karten erhältlich.

„Lieder- und Balladenabend.“ Dr. Chm. 4. März, 8 Uhr. Am Klavier: Prof. Panger. Karten: Urania, Wegler. 3000

„Urania-Urania-Kino“.

„Die freudlose Gasse“ im Urania-Kino. Starbesetzung: Asta Nielsen, Gräfin Esterhazy, Gräfin Tolstoj, Werner Kraus. Nach dem Bettauerischen Roman. Ein Drama von der Schattenseite des Lebens. Heute um 3, halb 6 und 8 Uhr. Montag halb 6 Uhr. Telefon 20.420.

„Das Mädel von Prag“ mit Gunnar Tolnaes!! Vorschau! Im Urania-Kino!

Rechnen Sie elektrisch!
MERCEDES-EUKLID
Ganz- und halbautomatische Rechenmaschinen.
Mit Schieber und Tasten!
Sparen Zeit — Geld — Arbeit.
L. & G. Halphen.
Prag, Mikuláská tř. 22/s. Telefon 2342.

BÖHMISCHE UNION-BANK
Eingezahltes Aktienkapital 200.000.000.— Kč
Reservefonds 99.400.000.— Kč

Filialen:
Asch, Bratislava, Braunau i. B., Brünn, Freiwaldau, Friedek-Mistek in Schies., Gablonz, Jaroslitz, Hohenelbe, Jägerndorf, Karlsbad, Königinnof a. d. E., Marienbad, Mährisch-Ostau, Mährisch-Schönberg, Neutitschein, Olmütz, Probitz, Reichenberg, Rumburg, Saaz, Teplitz-Schönau, Trautenau, Troppau.

Telephon-Nr.:
2006-2010, 6980-6989, 7933-7936 und 7988.
Depeschen-Adresse: Union-Bank.

Kommandite in Wien.
Durchführung aller bank-geschäftlicher Transaktionen

Verlangen Sie in jeder Verkaufsstelle des Konsumvereines Selchwaren der Firma **HEGNER & Co., PILSEN**

Selchwaren der Fa. HEGNER & Co., PILSEN, SIND DIE ALLERBESTEN!

Eine
Aberaus wirksame Tropfganda ist heute dem modernen Geschäftsmann in der **Anzeige**
in die Hand gegeben. Sie wirkt am meisten in Blättern der organ. Arbeiter und **arbeitet**
für ihn, ohne daß er große Ausgaben hat, und — das Wichtigste — Erfolg hat sie **immer!**

Piering-Seni u. Essig
ist der beste

zu haben in allen Konsum-Vereinen